

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 244 · 21. JAHRGANG · AUSGABE 5/2015 VOM 28. APRIL 2015 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | Eberswalder Stadtfinanzen besser als geplant
Textbausteine aneinandergereiht

6 | 100-Millionen-Euro-Programm zur Allee-Zerstörung
Lindenallee in Klosterfelde ist weg

14 | Bomben auf Eberswalde im April 1945
70 Jahre ist es her

Zum 70. Jahrestag des Sieges und der Befreiung der Völker vom Hitlerfaschismus:

Gibt es wieder einen Feind im Osten?

von Dr. Magdalene Westendorff

Im Frühjahr dieses Jahres 2015 begeht die WELT den 70. Jahrestag des *Kriegsendes*. Die einen sehen dabei nach wie vor den »*Untergang*«, wir anderen empfinden den 8. Mai als Tag der Befreiung. In Rußland und den ehemaligen Republiken der Sowjetunion begehen viele Menschen vor allem den Sieg über einen schier übermächtigen Feind. Es sind Tage des Stolzes, des Trauerns und des Innehaltens.

Für die letzten Überlebenden der Verbrechen der Nazizeit ist es heute besonders niederschmetternd, daß sich in Europa wieder ungestraft und oft noch regierungsamtlich hofiert alte und neue Faschisten wie selbstverständlich zeigen und für ihre abscheuliche Ideologie werben können. In Deutschland morden sie jahrelang, brennen Häuser für Flüchtlinge ab, drohen aufrechten Demokraten. Und die Polizei geht gern gegen die antifaschistischen Gruppen vor, die sich ihnen in den Weg stellen.

Wer genau hinsieht, kann auf diversen Treffen der Weltelite die Regierungsvertreter von offen nationalistischen Staaten als anerkannt erleben. Es geht weiter nach der Devise: Alle Mittel sind erlaubt, wenn es gegen einen einmal ausgemachten Feind geht. Das bot schon Hitlerdeutschland zum Kriegsende den Briten an: gemeinsam gegen die bolschewistische Gefahr müsse man doch spätestens jetzt (Frühjahr 1945!) zusammenhalten. Und heute hat man wieder einen Feind im Osten gefunden, gegen den der Westen zusammenstehen muß!

Wenn die Faschisten des Dritten Reiches auferstehen könnten, hätten sie ihre helle Freude an den Erben bis in höchste Regierungskreise der ach so sauberen Bundesrepublik. Kriegsverbrecher werden nach wie vor durch Straßennamen und Ehrenbürgerschaften geehrt. Es wird dafür gesorgt, daß ihnen bis heute Renten gezahlt werden. Sogar die lettischen SS-Angehörigen und ihre Witwen gehört dazu. Es werden Reparationszahlungen als angeblich erledigt mit aller Rabulistik abgelehnt. Ein Vizekanzler und SPD-Chef erlaubt sich zu sagen, die Forderungen des griechischen Volkes auf Entschädigung für die Massaker und die Rückzahlung eines Zwangskredites (von den Nazis zur Erstattung der Kosten der Besetzung und der Greuel erpreßt) sei »dumm«. Es ist widerlich. Was erwartet man denn dann vom deutschen Michel?

Die deutsche Regierung wagt es in Europa, als Dirigent im dissonanten Konzert von Falschspielern, das russische Volk zu demütigen, das Land mit Sanktionen zu überziehen. Als Rechtsnachfolger eines Staates, der den Kontinent mit nie dagewesener Barbarei überzog, ist das nur logisch. Die Begründungen sind fadenscheinig, vor allem vor dem Hintergrund der spezifisch eigenen und der USA/NATO/EU-Politik. Man verzeiht den USA jedes Verbrechen, der Krim nicht mal ein Referendum ohne jedes Blutvergießen.

Ziel der Sanktionen ist die Verschlechterung der Lebensverhältnisse, damit der böse Putin endlich *weggefegt* wird. Ein *bißchen* hilft natürlich die NATO auch noch mit Aufrüstung und Säbelrasseln nach. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man laut lachen. Man will die Völker Rußlands in die Knie zwingen. Die Kinder, Enkel und Urenkel der Befreier, die unglaubliche Heldentaten vollbracht haben, sollen sich endgültig geschlagen geben, ihre Vorfahren verraten und dem – für die Liberalen so wichtigen – Parmesankäse auch noch nachhecheln.



»Ewiger Ruhm den im Kampf für die Befreiung vom Faschismus gefallenen sowjetischen Helden«, steht auf dem Sowjetischen Ehrenmal in der Freienwalder Straße geschrieben.

Foto: GERD MARKMANN

Um das Ganze noch pikanter zu machen, gibt man auch den Ton an, der zur diesjährigen Siegesfeier am 9. Mai auf dem Roten Platz in Moskau angemessen, also politisch jetzt korrekt ist: Da gehen »wir« doch nicht hin! Und diese Parole wird als Peitsche gegen Regierungen geschwungen, die eigentlich den Befreier ihrer Länder die Ehre erweisen wollten. Nun folgen sie dem deutschen Diktat und verweigern den gefallenen Helden und letzten Überlebenden ein anständiges Gedenken. Heute braucht man sich nicht einmal mehr das Mäntelchen der Reue umzuhängen. Man kann offen zeigen, wer der wahre SIEGER ist.

Sonst aber gibt man sich gern mit Staatschefs sehr zweifelhafter *Demokratien* die Ehre, schüttelt Hände von offensichtlichen Verbrechern, verkauft Waffen in Kriegsherde der ganzen Welt. Hat ein völlig blindes Verhältnis zu den israelischen Kriegsverbrechen, denn da erinnert man sich *plötzlich* an die eigene Schuld. Wie schon im tausendjährigen Reich sind *unsere* Massen-Medien meist auf *Linie*. Rühmliche Ausnahme bei den Tageszeitungen ist die tapfere JUNGE WELT. Die »deutsche« Bevölkerung wird durch eine nach wie vor völkische Asylgesetzgebung und die daraus resultierenden himmelschreienden Praktiken der Abschiebung in ihrem dumpfen »Ausländer-raus-Gefühl« bestärkt. Der Rassismus wird gefördert, in dem der Staat selbst perfide Gewaltmethoden anwendet und Abschiebeknäste einrichtet.

Fortsetzung auf Seite 2

Minister-Revolutionär Gedenkveranstaltung am Tag der Befreiung

Die regierenden Parteien im schönen Lande Brandenburg haben den Innenminister Karl-Heinz Schröter mit der Fortsetzung der Kommunalreform beauftragt. Dieses Mal wollen Sie die Aufgaben der kommunalen Verwaltungen in den Landkreisen und Gemeinden neu ordnen und Aufgaben der Landesverwaltung an die Landkreise abgeben. Als Ergebnis wird die Zahl der Kreisverwaltungen und kreisfreien Städte geringer, deren Zuständigkeiten umfassender, sowie die Fläche der Kreise größer. Die untere Obrigkeit zieht sich aus der Fläche an die schönen und zentralen Orte zurück. Zukünftig werden weniger, aber qualifiziertere Mitarbeiter für die kommunalen Verwaltungen arbeiten. Was sollen wir davon halten?

Wie bisher macht in Deutschland die Obrigkeit Revolution, wenn Revolution sein soll. Sonst müßte ja das Volk Revolution machen. Und das geht gar nicht. Was da alles passieren könnte! So bleibt auch etwas für die nächste Revolution übrig.

Damit wir uns nicht mißverstehen, Revolution bezeichnet nachhaltige strukturelle Veränderungen im politischen System. Und Veränderungen sind längst überfällig, weil das politische System sonst die ökonomische und technische Entwicklung hemmen würde. Deshalb gibt der Bundesstaat immer mehr Kompetenzen an die Europäische Union ab und die Bundesländer verkleinern ihre Verwaltungen. Was können wir erwarten?

Zunächst werden wir ein zähes Ringen um Posten, Aufgaben und Standorte erleben. Das geht nicht ohne Hauen und Stechen, böse Worte und Mobbing ab. Im Zweifel verbünden sich alte Kontrahenten und man igelt sich ein, wie man an den Kreistagen von Barnim und Uckermark beispielhaft erkennen kann.

Aber das hilft alles nichts. Gegen den Fortschritt kommt man nicht an. Auf jeden Fall werden die Wege der Mitarbeiter, Abgeordneten und Einwohner länger. Das führt zu weniger Besuchern und besseren Arbeitsbedingungen. Die Verwaltungsmitarbeiter werden sich auf wesentliche Aufgaben konzentrieren und kompetenter. Die Abläufe werden straffer, die Vorschriften und Zuständigkeiten klarer, der Einfluß von Interessenvertretern geringer. Die Kreisverwaltungen werden stärker und erhöhen den Druck auf die Gemeindeverwaltungen. So werden Gemeinden fusionieren und kleinere Gemeindeverwaltungen verschwinden.

Auf der anderen Seite steigt die Verantwortung der Einwohner. Mehr Freiheit ist immer mit mehr Verantwortung verbunden. Man muß sich besser informieren und um seine Angelegenheiten selbst kümmern. Insbesondere sollte man verstehen, wie die Verwaltungen arbeiten, welche Rechte man hat und und wie man sein Recht durchsetzen kann.

In diesem Sinne werden wir Sie auf dem Laufenden halten, denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF



Aus Anlaß des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus rufen die Stadt Eberswalde und die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft zu einer Gedenkveranstaltung am 8. Mai 2015 auf. Diese beginnt um 17 Uhr am Sowjetischen Ehrenmal auf dem Waldfriedhof an der Freienwalder Straße. Vor der traditionellen Kranzniederlegung wird Bürgermeister Friedhelm Boginski das Wort ergreifen. Wie in den vorjahren wird die Veranstaltung durch den Chor IWUSCHKA musikalisch begleitet.

Fortsetzung von Seite 1

Wieder ein Feind im Osten?

Vom tollen Morden des NSU sollen wir möglichst keine Hintergründe erfahren, denn dann käme ja ans Licht, von wem unsere Verfassung »geschützt« wird. Und wenn in Thüringen die V-Männer, die ja einem NPD-Verbot im Wege sind, abgeschaltet werden sollen, na dann schickt eben BERLIN welche. Man kann diese bedrückende Liste lange fortsetzen.

Für mich ist und bleibt der Tag der Befreiung ein ganz besonderer Tag. Ich habe als Studentin in Kiew wunderbare Menschen, die oft wie durch ein Wunder den Krieg überlebt haben, kennengelernt. Am 9. Mai waren Armeeveteranen und Partisanen unter all den freudig und traurig zugleich gestimmten Leuten auf den Straßen der Stadt. Wir Studenten gingen mit ihnen den Weg vom Krestschatik, der nach dem Krieg wieder aufgebauten Hauptstraße, bis an die Dnjepr-Höhen zum Ewigen Feuer. Nie habe ich während der ganzen fünf Jahre ein böses Wort als »Deutsche« gehört. Im Gegenteil: ich wurde von meiner zweiten Mutter, Ljudmila Wladimirowna, gleich zu Anfang der Studienzeit als drittes »Kind« angenommen und nicht nur mit gutem Essen verwöhnt. Der Familienvater Nikolaj Iwanowitsch, aus Odesa stammend, war im Krieg bis Berlin gekommen. Die »Deutschen« liebte er also gar nicht. Seine Skepsis mir gegenüber wich einer wunderbaren Freundschaft. Dafür bin ich sehr dankbar. Meine Kinder konnten sich freuen: sie »bekamen« sehr interessante ukrainische Großeltern, lernten Borschtsch und Wareniki (süße Teigtaschen) sowie tolle Kinderbücher kennen.

Im Sommer, wenn es heiß wurde, und die Kleidung luftiger, dann sahen wir manchmal eintätowierte Nummern auf den Unterarmen einiger Männer und lernten, uns nur ganz leise oder besser gar nicht in unserer Muttersprache zu unterhalten. Ich schämte mich in solchen Momenten ganz besonders dafür. Eines Abends waren wir in unserem Kino, eine Gruppe Soldaten war auch da. Und es wurde der Film »Im Morgengrauen ist es noch still« (1972) über eine freiwillige Frauenkampfbrigade im Großen Va-

terländischen Krieg gezeigt. Die Tränen zurückzuhalten war unmöglich. Im Film sprachen die Mörder der Mädchen deutsch. Da sagte ein neben mir sitzender sehr junger Soldat – nicht ahnend, daß ich eine Deutsche bin – leise zu mir: »Du brauchst keine Angst zu haben, die deutschen Faschisten kommen nie wieder. Und wenn sie kommen, werden wir sie wieder besiegen!«

Im Frühjahr 2013 konnte ich mit meinem Sohn den 9. Mai in Kiew noch als das mitfeiern, was er eigentlich ist: Ein Tag des Stolzes auf den Sieg der sowjetischen Völker gegen die faschistische Barbarei. Ein Jahr später sollte das alles nicht mehr wahr sein. Heute sind positive Darstellungen der russischen Geschichte und Kultur (auch ausländische!) ebenso wie rote Fahnen und die gesamte Symbolik der Sowjetzeit in der Ukraine unter Strafe gestellt. Rechtzeitig, um die linken Kräfte des Protestes sowie die im Verbotverfahren befindliche KP der Ukraine an jeglichen Demos zum 1. und 9. Mai 2015 zu hindern. Die Morde an ausgewählten Gegnern des neuen Regimes in Kiew sind einkalkuliert, dem Westen allerdings nicht wichtig.

Jetzt müssen wir erleben, daß die ukrainischen Faschisten das Land umgestalten, die Ukraine physisch, sozial und kulturell verwüsten, nicht nur im Osten des Landes. Und mit dieser Clique ist unsere Regierung befreundet, bezahlt sie und rüstet sie auf. Dem griechischen Volk verwehrt man echte Hilfe. Aber gleichzeitig wirft man der ukrainischen Oligarchie Milliarden in den Rachen, die immer wieder spurlos verschwinden bzw. in Waffen aller Art verwandelt werden! Man sieht zu, wie sich die Oligarchen-Szene neu ordnet, denn man muß ja später aus dem Deal richtig Kapital schlagen.

Wie Recht hatte doch der französische Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora, Bertrand Herz, als er zur Feier des 70. Jahrestages der Befreiung am 12.04.2015 sagte, der Heilige Schwur der befreiten Kameraden sei zu erneuern und der Kampf gegen Faschismus und Völkerhaß fortzusetzen!

Anliegerstraßen:

Wer zahlt, der soll auch bestimmen!

Die Fraktionen Freie Wähler/BKB und Wir/Bündnis 90/Grüne der Gemeindevertretung Schorfheide haben zur April-Sitzung gemeinsam den Antrag »Anliegerstraßen – Anlieger entscheiden« eingereicht. Nach derzeitigem Stand wird die Fraktion DIE LINKE diesen mitzeichnen. Inwieweit er jedoch von Abgeordneten der bürgermeisternahen Fraktion »Bündnis Schorfheide/SPD« Unterstützung findet, ist ungewiß.

Im Beschlußvorschlag ist dargelegt, daß die Gemeinde Schorfheide sich verpflichten soll, ab dem 01.01.2016 Anliegerstraßen nur noch auszubauen oder zu erschließen, wenn sich im Rahmen einer förmlichen Anliegerbefragung die Mehrheit der sich an der Befragung beteiligenden Anlieger hierfür ausspricht. Entsprechende Straßenausbau- oder Straßenerschließungsplanungen sollen vorher nicht vorgenommen werden. In diesem Zuge ist es notwendig, die satzungrechtlichen Bestimmungen fristgerecht zu ändern.

In der Begründung heißt es, daß den Bewohnern einer Anliegerstraße mehr Gehör geschenkt werden soll. In einigen Kommunen Brandenburgs wird dies schon so gehandhabt. Da Anlieger zum überwiegenden Teil – mindestens jedoch zu 60 % – an den Kosten beteiligt werden, ist es unbillig, wenn im Rahmen der Planungen mit einem etwaigen gesamt- oder

überörtlichem Interesse argumentiert wird. Wenn einer Straße ein solcher Charakter zukommt, kann sie nicht den Status einer Anliegerstraße tragen. Wenn sie aber eine Anliegerstraße ist, ist eine Entscheidung der unmittelbar Betroffenen angemessen. Wenn auch keine einheitliche Meinung oder kein einheitlicher Wille der Anlieger zu erwarten ist, so stellt doch der Vorschlag, wonach die Mehrheit der Betroffenen entscheiden sollte, eine gerechtere Regelung als die bisherige dar. Gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen in den letzten Jahren in der Barnimer Region sowie dem Wunsch der Anlieger nach einer besseren und konstruktiven Bürgerbeteiligung bedarf es einer Änderung des Ortsrechts.

Dr. ANDREAS STEINER, HEINZ KINNER
(Freie Wähler/BKB)

KLAUS DIEZEL, STEPHAN REIMANN,
ANDREAS ZEIDLER (Wir/Bündnis 90/Grüne)

Ein Korb für die Grünen

Bürgermeister verwehrt Bündnisgrünen Beteiligung am Tag der Erneuerbaren Energien

Der Tag der Erneuerbaren Energien findet in diesem Jahr zum 20. Mal statt. Jeweils zum Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 werben Initiativen, Verbände, Bürger und Unternehmen mit Tagen der offenen Tür, vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen für die Alternativen zu Atom und Kohle.

Mit der Begründung, eine Politisierung der Veranstaltung sowie Doppelungen im Angebot vermeiden zu wollen, lehnte Wirtschaftsamtsleiter Dr. König im Auftrag von Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) das Angebot der Bündnisgrünen ab, sich am Tag der Erneuerbaren Energien am Samstag auf dem Energiecampus zu beteiligen.

In den letzten 15 Jahren haben Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam mit dem Energieparkontor Barnim e.V. und vielen weiteren Partnern, darunter die kreislichen Initiativen BARUM 111 und Erneuer.Bar sowie das Waldsolarheim, jährlich zum Tag der Erneuerbaren in Eberswalde und Umgebung ein vielfältiges Programm organisiert. Da in diesem Jahr die

Stadt Eberswalde an diesem bundesweiten Aktionstag ihren verschobenen Neujahrsempfang auf dem Energiecampus durchführt und in Einladungen auf den Tag der Erneuerbaren Bezug nimmt, wollten sich die Bündnisgrünen gern beteiligen, z.B. mit einem Infostand zu Energieerzeugung, Nutzung von Erneuerbaren und dgl. Das wurde abgelehnt.

Diese Reaktion ist uns unverständlich. Der Tag ist eigentlich dafür da, gemeinsam mit möglichst vielen Partnern Werbung für die Erneuerbaren Energien zu machen.

ANDREAS FENNERT

Andreas Fennert ist langjähriger Mitinitiator des Tages der Erneuerbaren Energien und stellv. Fraktionsvorsitzender der Bündnisgrünen in der StV Eberswalde.

Blick in den Juni

Straßenerneuerungen mit der Fällung störender Bäume gibt es nicht nur in Klosterfelde (Seite 6). Auch in einem Nachbarort von Eberswalde wird so eine »Aufwertung« geplant. Dort sind es bis dato nur Absichtserklärungen. Aufgrund der Erfahrungen aus Klandorf und nun auch Klosterfelde organisiert sich dort aber bereits jetzt der Widerstand. Mehr dazu gibt es in der nächsten Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost«.

BBP-Redaktion

Neue Ausstellung:

»Bilder der Fraktion«

Bernau (cr). Die Linksfraktion Bernau lädt zu einer Ausstellung der besonderen Art in die Geschäftsstelle in der Berliner Straße 17 ein. Ab dem 28. April präsentieren die Fraktionsmitglieder ihre Lieblingsbilder. »Egal ob selbst gemacht oder gekauft, gemalt oder fotografiert. Unsere Bilder der Fraktion sind eine vielfältige und bunte Sammlung. So wie wir!«, erklärt die Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann.

Kiez-Aktionsfonds

Eberswalde (bbp). Mit einstimmigem Votum haben sich die Mitglieder des Sprecherrats »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel am 13. April für den Antrag der Quartiersmanagerin Johanna Johnne ausgesprochen, einen Kiez-Aktionsfonds einzurichten.

Ab 1. Juli können Aktivitäten im Kiez unkompliziert mit bis zu 250 Euro bezuschusst werden. Antragsberechtigt sind nicht nur Vereine und Institutionen, sondern auch Einzelpersonen, die hier etwas tun wollen. Insgesamt stehen in diesem Jahr 2000 Euro für den Aktionsfonds zur Verfügung, aus dem »soziokulturelle und gemeinschaftsstiftende Projekte« – so wird es im Fördermittelbürokratischdeutsch formuliert – unterstützt werden sollen.

Grundlage für den Aktionsfonds bildet das 2012 von der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung beschlossene »Verstetigungskonzept« für das Förderprogramm »Soziale Stadt«. Demnach wird es den Aktionsfonds auch in den Folgejahren geben. Entsprechend dem Verstetigungskonzept will die Stadt bis zum Jahr 2019 jährlich 30.000 Euro für die Weiterführung des Programms »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel einsetzen. Davon sind 24.000 Euro pro Jahr für die Bezahlung eines Büros als zusätzliches »externes Quartiersmanagement« mit Schwerpunkt Gesundheit und Sport vorgesehen und 4.000 Euro als kommunaler Anteil für einen »Verfügungsfonds«, der zur Hälfte aus Drittmitteln bestehen muß. In den Aktionsfonds für kleinteilige Maßnahmen sollen pro Jahr jeweils 2.000 Euro fließen.

Anträge können bereits ab Mai gestellt werden. Die Quartiersmanagerin Johanna Johnne, in deren Verantwortung die Vergabe der Mittel des Aktionsfonds liegen wird, ist im Stadtteilbüro »Soziale Stadt«/Quartiersmanagement Brandenburgisches Viertel, im Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße 13 erreichbar. Sprechzeiten sind am Dienstag von 13 bis 18 Uhr und am Donnerstag von 13 bis 16 Uhr. Telefonisch ist Johanna Johnne unter 03334/8182458 oder 0152/56464528 erreichbar.

Ein Utopie-Tag im e69

Eberswalde (gr/bbp). Zu einem »Tag der Utopie« hatte der Tauschring Eberswalde am 19. April in die Räume des künftigen »Tausch-, Leih- und Schenkeladens« im e69-ZwischenRaum (Eisenbahnstr. 69) eingeladen. Veranstaltet wurde dieser Utopie-Tag von der Naturfreundejugend Eberswalde. Das Thema: Geldfreier leben.

Auf den Tauschmarkt mit Kuchen am Nachmittag folgte ab 17 Uhr ein Workshop mit Tobi von »living utopia« zum Thema. Der Abend klang aus mit leckerer Suppe aus der Vokü und anschließender Musik mit Windspiel und Jam-Session.

Stadtumbaustrategie 2020

Die Stadtumbaustrategie 2020 umfaßt folgende Hauptprioritäten und Maßnahmebündel: 1. Stärkung der Innenstadt und der historischen Ortsteilkerne durch Sanierung wichtiger stadtbildprägender Gebäude, Aufwertung des öffentlichen Raums wie Straßen, Wege, Plätze, Grünanlagen, Spielplätze; 2. Altbauaktivierung: Sicherung und Sanierung des wertvollen v. a. Gründerzeitbestands, vor allem in Stadtmitte und Westend; 3. Anpassung und Aufwertung von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur; 4. Stabilisierung des Wohnungsmarkts durch Begrenzung des strukturellen Leerstands bei höchstens 10 % mit Hilfe des Rückbaus nicht mehr benötigter Wohnungen

Der Umsetzungsstand zu den Punkten 1 bis 3 ist als sehr gut zu bewerten. Durch den kombinierten Einsatz von EFRE-, Stadtumbau- und Sanierungsmitteln konnte die Innenstadt mit dem Sanierungsgebiet und den angrenzenden Quartieren umfassend aufgewertet werden. Sie ist zum Identifikationsort und Kraftzentrum der Eberswalder Stadtentwicklung geworden...

Die Aufwertung der sozialen Infrastruktur war und ist einer der Hauptmaßnahmen im Rahmen des Stadtumbaus. Zu nennen sind hier die neue KiTa im BBZ, der Umbau des ehem. OSZ im Brandenburgischen Viertel zur Stadtteilgrundschule Schwärzese, die Sanierung des Kindergartens der Freien Montessori-Schule...

Bei der Anpassung der sozialen Infrastruktur wurden die nicht mehr benötigten Einrichtungen wie das ehemalige Kreishaus, die Einsteingesamtschule und das alte Gebäude der Grundschule Schwärzese abgerissen; geplant ist noch der Abriß des ehem. psychiatrischen Pflegeheims an der Altenhofer Straße. Die Stadtumbaustrategie 2020 sieht den Rückbau von 1.750 WE bis 2020 vor. Die insgesamt positive Stadtentwicklung in Eberswalde, die relative Stabilisierung des Brandenburgischen Viertels mit relativ geringem Bevölkerungsrückgang, die nicht mehr vorhandene Alt-schuldenentlastung für rückgebauten Wohnraum sowie andere wohnungswirtschaftliche Rahmenbedingungen haben zu einer gewissen Rückbaupause beigetragen. So wurden von 2010 bis 2014 lediglich 158 WE abgerissen. Die Stadt Eberswalde schätzt ein, daß bis 2020 maximal weitere 200 - 250 WE dazukommen werden. Trotzdem bleibt festzuhalten, daß es erhebliche Wohnungsleerstände sowohl im Altbaubereich als auch im Plattenbaubestand v. a. im Brandenburgischen Viertel (ca. 860 WE, 31.12.2013) gibt.

Während sich im Altbau durch die starke Nachfrage nach sanierten Altbauwohnungen der Leerstand dauerhaft verringern wird, wird beim Plattenbaubestand der Leerstand eher noch zunehmen, so daß mittel- bis langfristig auch der Rückbau wieder ein größeres Gewicht bekommen wird.

ANNE FELLNER (aus Antwort auf eine Anfrage)

Textbausteine aneinandergereiht

Eberswalder Stadtfinanzen regelmäßig besser als geplant

Der Verwaltungs- und Finanzdezernent des Landkreises MATTHIAS TACKE hat wie in jedem Jahr eine Stellungnahme zum Eberswalder Haushalt geschrieben. Der regionalen Tageszeitung liegt der Text bereits vor, während ihn die meisten Stadtverordneten, darunter die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses, noch nicht kennen.

Neues hat der Dezernent, geht man von dem nun öffentlich gemachten aus, nicht aufgeschrieben. Die verwendeten Textbausteine sind bereits aus den Vorjahren bekannt. Da der Eberswalder Haushalt ausgeglichen ist, hat der Landkreis als untere Kommunalaufsicht auch nichts weiter zu tun als die üblichen Mahnungen zu wiederholen.

Freilich lesen sich diese Mahnungen wie sozialpolitischer Horror. So seien beispielsweise freiwillige Ausgaben »auf das unabweisbare Maß zu reduzieren«. Außerdem fordert Tacke die Anhebung der städtischen Gebühren, Abgaben und Steuern (»gesetzlich gebotene Einnahmeanpassungen für kommunale Dienstleistungen und Einrichtungen«) sowie die Plünderung der »ausgelagerten Organisationseinheiten (Eigenbetriebe, GmbHs)«. Ansonsten findet man eher nichtssagende Gemeinplätze wie den Satz: »Durch den jährlichen Zugriff auf die Rücklage verringert sich das Eigenkapital«. Für solch kluge Worte muß man nicht Dezernent sein.

Man könnte natürlich auch mal prüfen, ob die Stadt Eberswalde tatsächlich »jährlich« auf ihre Rücklagen zugegriffen hat. Liest man nur die Pläne, muß das die Stadt seit vielen Jahren. Die letztlich abgerechneten Jahresabschlüsse ergaben dann aber regelmäßig Überschüsse.

Hier eine kleine Auflistung (Quellen: Jahresabschluß 2012 und Haushaltspläne 2011, 2012, 2013/14 und 2015):

2011: +2.332.450,11 € (Plan: -6.596.256 €)
 2012: +3.302.101,14 € (Plan: -1.280.450 € (fortgeschriebener Planansatz: -2.565.140,32 €)
 2013: +3.367.687,11 € (Plan: -1.610.071 €)
 2014 (Plan): -1.709.931 €
 2015 (Plan): -2.101.569 €

Es wurde also 2011 bis 2013 jeweils ein um 4,5 bis fast 9 Millionen besseres Ergebnis erzielt als laut Plan prognostiziert. Auch für das Jahr 2014 sollen die tatsächlichen Zahlen, so wird von einigen Stadtverordneten vermutet, über den Planvorgaben liegen.

GERD MARKMANN

Wird Eberswalde zur »Discounter-City«?

Position zu den Bebauungsplänen 406 und 406/1 (Westend-Center)

Dem B-Plan 406 »Westend-Center« stimmt die Fraktion Alternative Wählerliste Eberswalde (ALE/BdE/AfW) zu, unter dem Vorbehalt, daß der seitens des Investors vorgesehene überdimensionale Werbepylon nicht zugelassen wird. Den Erhalt der beiden Rot-Eichen hatten wir bereits im Mai 2014 beim ersten Einleitungsbeschuß gefordert. Wir freuen uns, daß die Verwaltung unserem Vorschlag gefolgt ist. Bedauerlich ist, daß es nicht gelungen ist, weitere Bestandsbäume zu erhalten. Auch den damals angekündigten fußläufigen Zugang von Süden her, über das geplante Wohngebiet, sucht man in den aktuellen Planunterlagen vergeblich. Dabei ist die fußläufige Erreichbarkeit auch ein Argument für eine geminderte Zahl der Stellplätze.

Im Zusammenhang mit der Neuetablierung eines Einkaufsmarkts am bisherigen MEW-Standort ergibt sich zudem die Frage nach der Zukunft des Standortes an der Heegermühler Straße 43-45. Wie sieht hier die weitere Entwicklung aus? Wir verweisen hier ausdrücklich auf unsere schon an anderer Stelle geäußerten Befürchtungen hinsichtlich der Entwicklung von Eberswalde zu einer »Discounter-City«. Auch das »Westend-Center« ist auf diesem Weg



Die beiden Rot-Eichen vor dem alten MEW blieben erhalten. Alle anderen Bäume auf dem Gelände nicht.

ein weiterer Schritt. Hier muß das städtebaulich prägnante und einst denkmalgeschützte MEW-Verwaltungsgebäude weichen.

Hinsichtlich des B-Planes »Wohnquartier« ist generell zu prüfen, inwieweit angesichts der erwarteten rückläufigen Bevölkerungsentwicklung in Eberswalde und der an anderer Stelle in der Stadt forcierte Abriß von modernem Wohnraum überhaupt die Notwendigkeit besteht, Planungsrecht für ein neues Allgemeines Wohngebiet zu schaffen. Es ist zu befürchten, daß damit an anderer Stelle in der Stadt bereits vorhandene städtebauliche Mißstände verstärkt werden oder neu initiiert werden.

CARSTEN ZINN

Eberswalder Kulturbeirat 2.0

Interessenvertretung der Kulturlobby oder Gremium für kulturbegeisterte Einwohner?

Am 18. April fand das langersehnte Kulturforum statt. In öffentlicher Debatte sollte ein Meinungsbild zu Tage kommen, ob eine Fortführung des seit 2007 bestehenden Eberswalder Kulturbeirates noch Sinn macht.

Die Idee für einen Kulturbeirat hatten Eberswalder Kulturaktivisten wie beispielsweise der langjährige ehemalige Kommunalpolitiker der Barnimer CDU, Kulturmäzen und mittlerweile begeisterter Chorsänger Hans-Joachim Blumenkamp. Auch Götz Herrmann, der stets konsequente Kämpfer für eine erlebbare Eberswalder Kinder- und Jugendkultur und die Eberswalder »Tanzpöpstin« Vivien Zippel ist hier zu nennen. Als fakultativer Beirat ohne gesetzliche Grundlagen nahm der Kulturbeirat unmittelbar nach der Eberswalder Bürgermeisterwahl im Jahr 2007 seine Arbeit auf, mit dem Anspruch, das weitere Voranschreiten eines Eberswalder Kulturkathlschlages Einhalt zu gebieten. Der Kulturbeirat sah sich weder als Steigbügelhalter der Verwaltungsspitze noch von geschäftlichen Beziehungskulturen mit der Stadt Eberswalde geleitet. Der damals frisch gewählte Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) sollte anhand seiner Positionen und Versprechen für den Kulturbereich im Bürgermeisterwahlkampf 2006 in die Pflicht genommen werden.

Nach der Kommunalwahl im Herbst 2008 trat die neue Brandenburgische Kommunalverfassung in Kraft. Sie regelte die Funktion der kommunalen Beiräte neu. Nach anfänglicher Skepsis in den Fraktionen entschieden sich die Stadtverordneten dafür, einen Seniorenbeirat, ein Kinder- und Jugendparlament, einen Sanierungsbeirat und einen Kulturbeirat in der Hauptsatzung zu verankern. Gemäß Kommunalverfassung vertreten Beiräte die Interessen bestimmter Gruppen in der Gemeinde. Für den Kulturbeirat sind das laut § 20 der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde die »in der Kulturarbeit engagierten Einwohnerinnen und Einwohner«.

Akteure der Eberswalder kulturellen Kreativwirtschaft wie Udo Muszynski, Andreas Gläßer, Vivien Zippel und Eckhard Herrmann und Ehrenamtler von Kulturvereinen wie Veronika Brodmann vom Mühlenverein und Sabine Blum von den Waggonkomödianten erkannten die Zeichen der Zeit und wurden Mitglieder des neugebildeten Kulturbeirates.

Unter maßgeblicher Mitwirkung des Kulturbeirates wurde die Eberswalder Kulturkonzeption 2009 auf den Weg gebracht. Danach hielten sich die Aktivitäten des Kulturbeirates in Grenzen. Sporadisch wurden Positionen im Ausschuß Kultur, Soziales und Intergration (AKSI) zur Kenntnis gegeben. Man ging mit den Beiratssitzungen gelegentlich auch in die Ortsteile so z.B. in das Brandenburgische Viertel und nach Finow. Allerdings wurden die Sitzungstermine häufig sehr kurzfristig kommuniziert und kreuzten sich mit dem Sitzungskalender der Ausschüsse in der Stadtverordnetenversammlung. So ließ die Teilnahme der Bei-

ratsmitglieder des öfteren zu wünschen übrig. Auch setzte eine gewisse Mitgliederfluktuation ein. Berufliche und persönliche Überlastung oder auch nur »kein Bock mehr« waren die Gründe, weswegen einige Mitglieder den Beirat verließen. Die jährlichen Informationen in der Stadtverordnetenversammlung wurden meist schweigend zur Kenntnis genommen.

In der hitzigen Debatte der Jahre 2010 bis 2012 zur beabsichtigten Straßenbenennung nach Amadeu Antonio, der Ende 1990 in Eberswalde von Neonazis ermordet worden war, wurde der Kulturbeirat involviert, indem ihm seitens der Stadtverordnetenversammlung die maßgebliche Mitarbeit an einem Antirassismuskonzept angetragen wurde. Der Beirat stieß damit an die Grenze seiner Kapazitäten, zumal die Erarbeitung solch eines Konzepts gewiß nicht zu seinen Aufgaben gehört.

Nach den Kommunalwahlen im Mai 2014 fanden in den neugebildeten Fraktionen Debatten zur Weiterführung der Beiräte statt. Im Fokus der Kritik standen insbesondere der Kulturbeirat und das Kinder- und Jugendparlament. Im Herbst 2014 einigten sich die Fraktionsvorsitzenden in nichtöffentlicher Beratung mit dem Bürgermeister und dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung darauf, im 1. Halbjahr 2015 öffentliche Foren mit dem jeweils relevanten Personenkreis und interessierten Einwohnern durchzuführen, um zu erfahren, ob die betroffenen Personengruppen überhaupt noch Bedarf an einem Beirat haben.

Das Kulturforum am 18. April hatte 20 Teilnehmer, darunter vier Stadtverordnete, vier sachkundige Einwohner des AKSI und drei Mitglieder des Kulturbeirates. Am Ende der zweistündigen Debatte stand die mehrheitliche Empfehlung, den Kulturbeirat weiterzuführen. Die Anwesenden erheben dabei den Anspruch, daß die Beiratsmitglieder partei- und fraktionsunabhängig agieren.

Gemäß Kommunalverfassung und Hauptsatzung sind sie einzig und allein den »in der Kulturarbeit engagierten Einwohnerinnen und Einwohnern« verpflichtet. Insofern sind sie kein Beratungsorgan für die StVV. Und die Stadtverordneten haben auch keinerlei Verpflichtung, sich um den Kulturbeirat »zu kümmern«. Problematisch bleiben jene speziellen Interessenkonflikte, die sich aus der ehrenamtlichen Mitarbeit im Kulturbeirat und einer gleichzeitigen Eigenschaft als Auftragnehmer der Stadt ergeben können. Es ist zu hoffen, daß der neue Kulturbeirat in seiner personellen Besetzung künftig nicht nur die Akteure der Eberswalder Kulturunternehmen in sich vereint, sondern auch das reiche und vielfältige ehrenamtliche kulturelle Leben in Eberswalde widerspiegelt.

CARSTEN ZINN

Was Gesundes aufs Brot

»Nehmen Sie sich mehr Zeit für ihre Gesundheit« lautet der diesjährige Startschuß für eine vielfältige Aktions- und Präventionsreihe im Eltern-Kind-Zentrum (EKiZ) in der Kita Arche Noah der Evangelischen Kirchengemeinde Finow. Durch bestehende Kooperationserfahrungen organisierten Petra Hörnicke von der örtlichen Gesundheitskasse AOK und Jenny Wörpel vom EKiZ eine aktive Präsentation gesunder Brotaufstriche. Mütter und ihre Kleinkinder bereiteten einen Tomatenquark und eine Quark-Schinkencreme frisch zu. Die Begeisterung über die Geschmackserlebnisse waren sehr groß und jeder stellte sich eine eigene individuell kreierte Zubereitung vor.



Foto: JENNY WÖRPEL

Schnell waren sich die Teilnehmerinnen einig, daß diese Aufstriche das Angebot im wöchentlichen Elterncafé im EKiZ bereichern werden. Das Elterncafé findet jeden Dienstag von 9 bis 10.30 Uhr im EKiZ in der Kita Arche Noah statt. Hier sind junge Familien herzlich willkommen!

Unsere Aktionsreihe wird in der nächsten Woche fortgesetzt, dazu kommt ein Ernährungsexperte und stellt den Eltern eine selbstzubereitete Schokoladenaufstrichalternative vor. Darauf sind wir schon sehr gespannt. All diese Aktionen und Rezepte halten wir (Eltern und EKiZ) in unserer 2. Kochbüchleinreihe fest und werden es zum Jahresende wieder zur Verfügung stellen. JENNY WÖRPEL

Ein Samstag bei Palanca

Eberswalde (wikel/bbp). Eine kleine, aber sehr aktive Kochgruppe der Barnimer Willkommensinitiativen hatte Zutaten eingekauft und mit Unterstützung geschnippelt – aber sie war sich sehr im Unklaren, wie viele Menschen am 11. April ins Palanca-Domizil kommen würden: Zehn oder Zwanzig oder mehr? »Zu unserer aller Verwunderung waren wohl insgesamt etwa 100 Menschen zu unterschiedliche Zeiten da, überwiegend Somalis, aber auch andere Afrikaner – und auch drei Familien aus Serbien, die jetzt in Oderberg sind. Einzugsgebiet war der gesamte Barnim – die Mundpropaganda funktioniert gut.« Downan und andere aus den Freiraum-Zusammenhängen machten Musik – viele haben sehr begeistert und lange getanzt. Später kamen sogar noch Nachbarn aus der Umgebung dazu. Die Organisatoren und Teilnehmer wollen solche Treffen unbedingt fortsetzen. Wahrscheinlich wird es Ende Mai eine Neuauflage geben.

100-Millionen-Euro-Programm zur Alleen-Zerstörung

Klosterfelde (bbp). Die Allee von 80 hundertjährigen Linden in der Prenderer Straße im Wandlitzer Ortsteil Klosterfelde gibt es nicht mehr. In einer logistisch hervorragend organisierten Aktion, über die die Anwohner drei Tage vorher durch Wurfbzettel informiert worden waren, wurden die 80 Linden am 17. April binnen eines Tages gefällt und alle Reste vollständig entsorgt. Übrig blieben 80 Baumstümpfe. Saubere und schnelle Arbeit.

Wie sich herausstellte, kann hier durchaus von einer neuen Qualität gesprochen werden. Wie NORBERT WILKE von der Grünen Liga Brandenburg berichtet, gab es in diesem Jahr bereits mehrere ähnliche Fälle. Beispielsweise in Gransee am 16. März, einem Montag, als eine 100jährige Lindenallee mit 50 Bäumen innerhalb von drei Stunden komplett gefällt wurde. Die Fällgenehmigung hatte die zuständige Untere Naturschutzbehörde (UNB) des Landkreises Oberhavel am vorherigen Freitag um 15.45 Uhr erteilt.

Im Falle der Klosterfelder Allee gab es allerdings laut Barnimer UNB gar keine formale Fällgenehmigung. Selbige erklärte vielmehr, daß sie für die Allee und deren Schutz gar nicht zuständig sei.

Programm für Ortsdurchfahrten

Die Prenderer Straße in Klosterfelde ist Teil der Landesstraße L 315. Mit weniger als 3.000 Fahrzeugbewegungen gehört die Straße zu den weniger frequentierten Verkehrswegen in Brandenburg. Andernorts werden Landesstraßen mit derart geringem Aufkommen auch schon mal mangels Bedarf als Landesstraße entwidmet. Das kommt für die L 315 nicht in Frage, weil sie die L 31 in Prenden mit der Bundesstraße 109 in Klosterfelde verbindet. Die Prenderer Straße in Klosterfelde hat somit den Status einer Ortsdurchfahrt.

Knapp zwei Drittel der innerörtlichen Landesstraßen in Brandenburg gelten als schlecht oder sehr schlecht. Während Pflasterstraßen von vielen Menschen im Land inzwischen als erhaltenswertes Kulturgut angesehen werden und mancherorts Bürgerinitiativen um den Erhalt ihres historischen Pflasters kämpfen, sehen die Straßenbauer Ortsdurchfahrten in Pflasterbauweise vorrangig unter dem Aspekt »Lärm und Erschütterungen«.

Um Ortsdurchfahrten im Land Brandenburg zu sanieren, hat das Land Brandenburg das sogenannte 100-Millionen-Euro-Programm aufgelegt, das die Verkehrsministerin Kathrin Schneider am 10. April der Öffentlichkeit vorstellte. Gut 80 Millionen des bis 2019 reichenden Programms sind bereits verplant. Für 2015 sind 7,5 Millionen Euro vorgesehen, darunter für den Ausbau der Prenderer Straße.

Dort laufen die Planungen für eine Erneuerung bereits seit 2010. Die Baubehörde der Gemeinde Wandlitz einigte sich mit dem Landesbetrieb für Straßenwesen (LS) auf eine »Ge-

»Alleebäume in Brandenburg sind ein Teil unserer Geschichte und Kultur. Diese 80 Linden sind nicht nur bei den beiden letzten Stürmen dieses Jahres nicht gefallen. Sie haben Kriege und die damit verbundene Armut überlebt. Dem Reichtum mit EU-Fördermitteln und einem Ausbau der Straße zur Rennpiste fallen sie jetzt zum Opfer.« (Aus einem Kommentar auf MOZ-Online)



Foto: MARTINA KRYSWANSKY

meinschaftsmaßnahme«. Während der Landesbetrieb die Fahrbahn erneuert, ist die Gemeinde für den Bau der Geh- und Radwege einschließlich Beleuchtung verantwortlich. Dabei hat die Gemeinde für die Gemeinschaftsmaßnahme die Federführung übernommen.

Anlieger wollten Komplettfällung

Die entsprechende Beschlußvorlage hatten die Wandlitzer Gemeindevertreter am 4. Dezember 2014 auf dem Tisch. Darin heißt es noch, daß »der Alleebaumbestand prinzipiell erhalten bleiben soll«. Allerdings wird das im nächsten Satz eingeschränkt: »Sollten darüber hinaus, gemäß dem Ergebnis der Anliegerversammlung, Fällungen möglich sein, wird dies in Betracht gezogen...«

Diese Anliegerversammlung fand am 16. September 2014 statt. Die Bauverwaltung der Gemeinde hatte hier ausführlich über das Bauvorhaben informiert, auch über die Straßenausbaubeiträge, die auf die Anlieger zukommen. Je nach Grundstücksgröße müssen sie etwa zwischen 2.500 und 5.000 Euro für diese Maßnahme zurücklegen. Laut Protokoll fragte der Ortstvorsteher KLAUS PAWLOWSKI (Freie

Bürgergemeinschaft Wandlitz) die Anwesenden, »ob eine Anfrage für eine Komplettfällung der Bäume aufgrund des Alters gestellt werden soll«. Es »erfolgte eine generelle Zustimmung seitens der Anwohner«, heißt es weiter im Protokoll. Inwieweit die Anwesenden repräsentativ für die Anwohner stehen, bleibt allerdings aus Datenschutzgründen unter Verschuß.

Die Komplettfällung der Allee war demnach ursprünglich nicht Bestandteil der Planungen, sondern ist erst auf Forderung des Ortsvorstehers mit »genereller Zustimmung« der Anwohner betrieben worden.

Die Behörden strengten sich an, um den Bürgerwillen umzusetzen. Am 15. Dezember, anderthalb Wochen nach dem Gemeindevertreterbeschuß, saßen die Vertreter des LS, der Gemeindeverwaltung, des Ingenieurbüros WATIPLAN GMBH und der Ortsvorsteher zusammen. Dabei wurde, wie es heißt, die »Neuordnung des 'Grüns' (Baumallee) favorisiert«. Am 18. Dezember beantragte der LS bei der UNB einen »gemeinsamen Ortstermin zur Begutachtung der Baumallee (problematisch [sind] Zustand und Alter der Bäume)«.



Foto: MANFRED PFAFF

»Ökologische Fachbegleitung«

An dem Ortstermin mit der UNB am 26. Januar nahmen LS, Gemeindeverwaltung, WATPLAN und der Ortsvorsteher teil. »Im Ergebnis der Begehung wurde eine Neuordnung des 'Grüns' mit Gesamtfällung und Kompensation durch Ersatzpflanzungen für die Baumallee als erforderlich erachtet«. Damit sei bereits die »mündliche Zustimmung durch die UNB« erfolgt. Schriftlich äußerte sich die UNB am 4. Februar. Am gleichen Tag ging ein Schreiben der Gemeinde an das Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände in die Post, mit dem die »Genehmigung zur Grünneuordnung« beantragt wurde.

Mitte Februar verschlossen Mitarbeiter der Gemeinde »vorhandene Baumhöhlen, die als mögliche Nist- und Brutstätten in Frage kommen«. Offensichtlich gingen die Verantwortlichen davon aus, daß eine Fällung vor Beginn der Vegetationsperiode, wie das Naturschutzgesetz fordert, zeitlich nicht zu schaffen war.

Zur Gemeindevertreterversammlung am 19. Februar informierte die Bürgermeisterin Dr. JANA RADANT im Rahmen ihres 10 Seiten umfassenden Lageberichts über die beabsichtigte Komplettfällung der Allee und den aktuellen Stand. »Noch abzuwarten«, sagte die Bürgermeisterin, »ist die Genehmigung des Naturschutzverbandes mit Sitz in Potsdam. Danach sind weitere Schritte mit dem Landesbetrieb abzustimmen.«

Die Naturschutzverbände lehnten die Fällung am 3. März ab. Tags darauf berieten LS, Gemeinde, Watiplan und Ortsvorsteher darüber, wie »erneut das Einvernehmen der Naturschutzverbände zu erzielen« sei. Zusätzliche Argumente für die angestrebte Komplettfällung erhoffte die Gemeinde von »ökologischen Fachbegleitung« durch die BÜRO DR. MARX INGENIEURE GMBH. Das änderte aber nichts an der ablehnenden Haltung der Naturschutzverbände, deren zweites Ablehnungsschreiben auf den 24. März datiert ist.

Bis Ostern folgten weitere interne Beratungen der beteiligten Behörden und am 1. April fiel schließlich die Entscheidung.

Zeitgleich mit der offiziellen Verkündung des 100-Millionen-Programms am 10. April (Freitag) wurde der Apparat in Bewegung gesetzt. Am gleichen Tag ging bei den Naturschutzverbänden ein Brief des LS ein. Darin teilte der Leiter der zuständigen Straßenmeisterei Biesenthal MAREK BRETERNITZ mit: »Wir werden nunmehr, unter Bezugnahme auf § 10 und § 27 des Brandenburgischen Straßengesetzes, die Kompletterneuerung des Alleebaumbestandes anordnen.« Am Montag (13.4.) wurde der Wandlitzer Hauptausschuß informiert, am nächsten Tag die Öffentlichkeit und die Anwohner. Am Freitag war die Allee weg.

»Abschließend möchten wir Ihnen versichern, daß wir unserer Verantwortung für den Erhalt, die Pflege und auch die Erneuerung unserer Brandenburgischen Alleinlandschaft im Zuge von Bundes- und Landesstraßen nachkommen. Mit freundlichen Grüßen Marek Breternitz, Leiter der Straßenmeisterei Biesenthal.«

Pflanzaktion zum Tag des Baums

Eberswalde (bbp). Seit dem 25. April, dem Tag des Baumes, erinnern zwei Linden in der Prenzlauer Straße im Brandenburgischen Viertel an die Allee in Klosterfelde, die eine Woche zuvor innerhalb eines Tages komplett gefällt wurde (vgl. Seite 6).

Der 25. April ist der Internationale Tag des Baumes. Die Redaktion der Kiezezeitung MAXE (www.maxe-eberswalde.de) hatte die Idee zu dieser Pflanzaktion im Kiez. Dabei wurden zwei Bäume ersetzt, von denen der eine im August 2012 dem Sturm zum Opfer fiel und der andere bei »Pfleßmaßnahmen« einfach mal so abgeschnitten wurde.

An der Pflanzaktion beteiligten sich der Barnimer »Baumpapst« Dr. Andreas Steiner und der Stadtverordnete und Vorsitzende des Auf-

sichtsrates der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow e.G. Karl-Dietrich Laffin.

Baum des Jahres 2015 ist eigentlich der Feldahorn. »Wir haben uns aber bewußt für Linden entschieden«, hieß es seitens des MAXE-Teams, »um damit zugleich ein Zeichen gegen den am 17. April im Wandlitzer Ortsteil Klosterfelde erfolgten Kahlschlag einer Allee mit 80 hundertjährigen Linden zu setzen. Die dort gefällten Bäume waren zu einem großen Teil noch sehr vital.« Besonders schlimm sei die Tatsache, daß die Bäume ohne Notwendigkeit mitten in der Vegetationsperiode gefällt wurden. Da besteht eine sehr Wahrscheinlichkeit, daß bereits viele geschützte Vögel mit ihrem Brutgeschäft begonnen hatten. Deren Gelege sind nun unweiderbringlich zerstört worden.



Foto: JURGEN GRANZOW (MAXE-REDAKTION)

Der WBG-Aufsichtsratsvorsitzende KARL-DIETRICH LAFFIN (Bildmitte) pflanzt am 25. April, dem Internationalen Tag des Baumes, gemeinsam mit dem Baumexperten Dr. ANDREAS STEINER (links) und dem MAXE-Redakteur GERD MARKMANN (rechts) in der Prenzlauer Straße im Eberswalder Ortsteil Brandenburgisches Viertel zwei Linden.

Alleenzerstörung Klosterfelde:

Verursacher öffentlich benennen

Die MOZ hat ausführlich über die Alleenzerstörung in Klosterfelde berichtet. Mehrmals hatte ich versucht, einen Kommentar abzusetzen. Dieser wurde merkwürdigerweise immer wieder gelöscht. Wie gut also, daß es noch die Barnimer Bürgerpost aber auch das Barnimblog gibt, in denen kritische Artikel noch veröffentlicht werden können.

In meinem Kommentar wollte ich auf die Zusammenhänge zwischen der Planerin der Straßensanierung und Alleenzerstörung, MARIA BRANDT, Inhaberin des Watiplan Ingenieurbüro aus Wandlitz-Schönwalde, und der regionalen Politik aufmerksam machen. Mit ihrem Ingenieurbüro profitiert sie von den Fördermittelvergaben. Zugleich sitzt Maria Brandt seit vielen Jahren für die SPD im Kreistag und gilt als enge Vertraute des SPD-Landrats Bodo Ihrke. Eine baumerhaltende Planung kam ihr nicht in den Sinn. Übrigens ist auch der Planer für die Straßenbeleuchtung Rainer Fahrendholz in seiner Freizeit als Wandlitzer Gemein-

deverteter und Klosterfelder Ortsteilrat für die SPD kommunalpolitisch tätig.

Ähnliches gab es schon einmal, und zwar im Jahr 2006. Vorgesehen war, eine Allee mit über 700 alten Spitzahornbäumen zu fällen, um mit EU-Fördermitteln die Kreisstraße von Rüditz nach Danewitz auszubauen. Den Planungsauftrag erhalten hatte Uwe Ebert, seinerzeit SPD-Kreistagsabgeordneter und ebenfalls enger Vertrauter des Landrats. Glücklicherweise konnte die Alleenzerstörung durch zwei von den Naturschutzverbänden vor Verwaltungsgerichten gewonnenen Verfahren verhindert werden. Herr Ebert ging somit der ihm bereits erteilte Auftrag verloren.

Die Ereignisse der letzten Jahre zeigen, daß durch Fördermittel, wenn sie nicht richtig eingesetzt werden, sehr viel zerstört werden kann. Kontrollinstanzen für die ordnungsgemäße und rechtskonforme Durchführung von Baumaßnahmen fehlen scheinbar.

Dr. ANDREAS STEINER 7

Kundgebung am 20. Mai

Die nächste Sitzung des Kreistages findet am Mittwoch, 20.05.2015 um 17 Uhr im Eberswalder Kreishaus statt. Ab 16 Uhr veranstalten die Barnimer Willkommensinitiativen die Kundgebung »*Flüchtlinge Willkommen – keine Massenunterkünfte im Barnim! Refugees welcome – no lager in barnim!*« vor dem Haupteingang des Kreishauses Eberswalde.

Kommt mit vielen Menschen und laßt uns gemeinsam ein **Zeichen für eine lebendige Willkommenskultur** setzen!

Flüchtlinge

Frau Merkel betont immer wieder, wie gut es uns geht. Wen sie dabei im Auge hat, sagt sie uns nicht. Eine Sache, die so gut läuft, ist die Rüstung, deren wunderbare Produkte in aller Welt die Völker in den Tod oder zumindest in die Flucht jagen kann.

Der Waffenhandel hat uns doch den Wohlstand gebracht. Zumindest einigen gewissenlosen Menschen, die leben wie die Maden im Speck. Zu unseren Millionen Obdach- und Arbeitslosen kommen nun noch Massen an Flüchtlingen. Muß man noch fragen, warum es in der Welt keine Ruhe mehr gibt? Warum Menschen aus Verzweiflung sich zu uns in eine solch fremdenfeindliche Zukunft flüchten?

Eine Welt in Frieden hilft allen Menschen! Rüstungen anhalten, Waffenhandel total verbieten – und dies mit politischen Streiks erzwingen. Das ist der einzige erfolgversprechende Weg! *Das rät DIE ROTE OMA*

Erweiterter Service

Eberswalde (prest-ew). Einen erweiterten Service für Menschen mit Behinderung bietet die Stadt Eberswalde seit dem 1. April in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg an.

Während der Sprechzeiten der Referentin für Soziales Barbara Bunge, dienstags von 13 bis 18 Uhr sowie täglich nach telefonischer Terminvereinbarung, werden die Bürgerinnen und Bürger nun noch spezifischer beraten. Die Referentin für Soziales kann nun auch die Anträge vom Landesamt für Soziales und Versorgung sofort annehmen und online verschicken. Sie nimmt die Anträge nach dem Schwerbehindertenrecht entgegen, berät zur Antragsstellung und ist beim Ausfüllen der Anträge behilflich.

Zum Stand der Bearbeitung des Antrages erhalten die Bürgerinnen und Bürger Mitteilungen und Informationen vom Landesamt selbst.

»Ich freue mich, daß wir den Eberswaldern künftig diesen Service anbieten können, damit fördern wir den aktiven Dialog und rücken als Behörden dichter an die Bürgerinnen und Bürger heran«, so Barbara Bunge.

Erklärung Barnimer Willkommensinitiativen vom 19.04.2015:

Flüchtlinge willkommen – keine Massenunterkünfte im Barnim!

Wir fordern eine solidarische und an den Bedürfnissen der Flüchtlinge orientierte Aufnahme, Unterbringung und Begleitung im Landkreis Barnim.

Nach der aktuellen Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge muß das Land Brandenburg im Jahr 2015 über 9.200 Flüchtlinge aufnehmen (Stand: Februar 2015) – im Landkreis Barnim werden daher mindestens 800 Menschen aus unterschiedlichen Krisenregionen erwartet.

Die Barnimer Willkommensinitiativen begrüßen die Aufnahme Schutzsuchender Menschen im Barnim. Wir freuen uns, daß es dabei zunehmend praktische Unterstützung gibt: viele Menschen im Barnim sorgen für eine vielfältige Willkommenskultur. So haben sich mittlerweile in vielen Städten und Gemeinden Initiativen gebildet, die sich für die im Barnim lebenden Flüchtlinge einsetzen und untereinander austauschen.

Seit 2014 wird im gesamten Landkreis verstärkt nach Unterbringungsmöglichkeiten gesucht. Die Suche nach kurzatmigen Lösungen mit der Fokussierung auf Massenunterkünfte kritisieren wir und fordern ein Konzept für den Landkreis, um eine dauerhafte Integration und Perspektiven für die Zukunft zu ermöglichen.

Folgende Grundvoraussetzungen sollten in den kommenden Jahren geschaffen werden und den Tenor der Flüchtlingspolitik im Barnim bestimmen:

Dezentrales Wohnen in eigenständigen Wohnungen in Orten mit regelmäßiger Bus- und Bahnanbindung, psychologischer und juristischer Beratungsmöglichkeit, Schule, Kita, medizinischer Versorgung, Einkaufsstätten, Beschäftigungsmöglichkeiten, Begegnungsorten und Kontakt zu einheimischen Unterstützerinnen und Unterstützern.

Keine Unterbringung in Massenunterkünften. Übergangswohnheime (ÜWH) mit abgetrenn-

ten Wohneinheiten nur auf kreiseigenen Grundstücken (nicht zur Gewinnmaximierung von Privatinvestoren), durch gemeinnützigen Träger oder Landkreis betrieben, Belegungs-kapazität max. 50 Personen, max. 3 km vom Bahnhof entfernt.

Endgültige Schließung der Massenunterkunft in Althüttendorf im Juli 2015.

Finanzierung von professioneller Beratung und Begleitung. Die Integration von Schutzsuchenden sollte auch zukünftig in partizipativen Prozessen voran gebracht werden. In diesen Auseinandersetzungen werden wir uns für die Bedürfnisse der Flüchtlinge und deren menschenwürdige Wohn- und Betreuungssituationen auf allen Ebenen einsetzen.

Wir lehnen Vorschläge von Sammelunterkünften (z.B. ehemalige Kaserne in Ladeburg) mit ungünstigen Rahmenbedingungen grundsätzlich ab und suchen nach zukunftsweisenden Konzepten und Modellen, die sich an sozialen Kriterien orientieren. An die Frage der Unterbringung schließen sich viele andere Fragen der Betreuung und Begleitung an. Hier kann ehrenamtliches Engagement unterstützen, aber keine qualifizierte, fachkompetente und aufsuchende Beratung ersetzen. Übersetzungsleistungen wie auch sozialarbeiterische Tätigkeiten müssen professionell geleistet und finanziell gestützt werden. Die Möglichkeiten und Perspektiven, die sich aus den Herausforderungen ergeben sind eine Chance für die gesamte Region und sollten dementsprechend professionell gesteuert und finanziell unterlegt werden.

Den Aufruf haben Initiativen und Einzelpersonen aus dem gesamten Landkreis Barnim unterzeichnet. Sie bitten engagierte Initiativen, Gruppen, Abgeordnete, Gremien, Kirchengemeinden und Einzelpersonen, diese Erklärung zu unterstützen und dies bis 8. Mai 2015 per Mail mitzuteilen an: refugees-welcome@so36.net.

Baerbock sucht weltoffene Familien

Mit einem Schüleraustausch nach Deutschland – diesen Traum erfüllen sich im Herbst erneut rund 460 Jugendliche aus über 50 Ländern. Für die 15- bis 18-jährigen Schüler sucht die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Annalena Baerbock gemeinsam mit der gemeinnützigen Austauschorganisation AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. ehrenamtliche Familien, die ab September ihren Alltag für ein ganzes oder halbes Jahr mit einem Gastkind teilen möchten. »Wer sein Zuhause für einen Jugendlichen aus einem anderen Land öffnet, gewinnt nicht nur einen ganz persönlichen Einblick in andere Kulturen und Lebensweisen. Er setzt auch ein klares Zeichen für eine Willkommenskultur in unserem Land«, so Baerbock. Sie unter-

stützt die Idee des Gastfamilienprogramms von AFS. Ein Gastkind aufnehmen können Familien ebenso wie Alleinerziehende, kinderlose Paare und Alleinstehende, die sich für ein gastfreundliches und weltoffenes Deutschland engagieren wollen. Wichtig sind Aufgeschlossenheit und die Bereitschaft, sich einem jungen Menschen und seiner Kultur zu öffnen. Vorbereitet und begleitet werden sie von AFS-Mitarbeitern direkt in der Region. Auch Willkommens- oder Übergangsfamilien für einen Zeitraum von sechs bis acht Wochen werden gesucht. Information und Erfahrungsberichte sind im Internet unter www.afs.de/gastfamilie zu finden.

NILS NABER

Lebens-Visionen für Bernau

Unter dem Motto »Wie wollen wir in unserer Stadt leben?« traf sich auf Initiative von Dr. Dagmar Enkelmann zum ersten Mal der »Bernauer Dialog« zur Stadtentwicklung, den der Soziologe Dr. DIETER KORCZAK wissenschaftlich begleitete.

Die Bürger von Bernau sind durch die Nähe zu Berlin in der Lage, sowohl die ruhige Lage in der Natur als auch die Vorteile der Großstadt zu genießen. Weitere wichtige Aspekte des Lebens in der Stadt Bernau sind die Atmosphäre des Ortes (43%), die Grünflächen in der Stadt (38%) und die von Stadtmauern umgebene Altstadt (32%). Durch gesellschaftliche Entwicklungen wie die Pluralisierung von Lebensstilen, Individualisierung, Entsolidarisierung und den Folgen des demografischen Wandels sowie durch die Zunahme von Wanderungen (Migration) und Pendlerströmen stehen die Städte gegenwärtig vor besonderen Herausforderungen. Bedrohlich für die soziale Kohäsion (Zusammenhalt) in der Stadt sind die Gentrifizierung und Segregation. Mit diesen Fachausdrücken werden die Verdrängung alteingesessener Bevölkerungsgruppen aus Wohngebieten durch Einkommensstärkere sowie die Entmischung von Stadtquartieren nach Status, Bildung, Einkommen oder Religion beschrieben.

Wachsende Städte benötigen deshalb eine Stärkung der Nachbarschaften, die Akzeptanz von Vielfalt, Teilhabegerechtigkeit sowie die Stärkung des Zusammenhalts durch Beteiligungsverfahren. Stadtverwaltungen können unter anderem durch größtmögliche Transparenz (Stichwort: Open Data) dazu beitragen.

In der lebhaften Diskussion, die sich an den wissenschaftlichen Einstieg anschloß, wurden vor allem der Nachbarschaftsgedanke, die Umorientierung der Verkehrsplanung, sowie Konsequenzen aus dem in 2014 vorgelegten Bernauer Sozialreport thematisiert.

Positiv hervorgehoben wurde die vorhandene Identifizierung mit und in einzelnen Stadtvierteln wie dem Puschkin-Viertel oder Friedenthal. Dort funktionierten die Unterstützungsnetzwerke, das Infrastrukturangebot sei auch gut und die aus alten Arbeits- und Lebenszusammenhängen vorhandene Eigeninitiative habe sich auch bewährt. Andererseits würden mit einem Quartiersmanagement die Identifikation erhöht, auf den Bewohnerwandel reagiert und Eigeninitiativen aufrechterhalten. Aufgabe eines solchen Quartiersmanagements könne es unter anderem sein, Zusammenkünfte oder Straßenfeste (ohne Kommerz) zwischen den Bewohnern zu organisieren, »Treppen-Cafes« sowie »urban gardening« anzuregen, frei verfügbare Plätze und Räumlichkeiten für Nachbarschaftstreffen und Vereine auffindig zu machen. Auch der Vorschlag, öffentlich zugängliche Büchertausch-Orte oder Bücherschränke einzurichten, könnte vom Quartiersmanagement realisiert werden.

Die Zukunft der Mobilität nahm breiten Raum im Dialog ein. Zum einen wurde die Verwirklichung einer geschlossenen Transportket-

te angeregt, in der Bahn- und Busfahrpläne aufeinander so abgestimmt sind, daß auch die Außenbezirke von Bernau gut angeschlossen sind. Es wurde darauf hingewiesen, daß es keine übersichtlichen und leicht lesbaren Fahrplaninformationen, auch nicht am Bahnhofplatz, gäbe. Dies sei nicht nur für Einheimische, sondern auch für Besucher der Stadt Bernau sehr lästig.

Bemängelt wurde auch, daß der ÖPNV nicht barrierefrei für Seh- und Hörbehinderte sei. Die Möglichkeiten der kommunalen Verkehrsplanung in Bernau könnten erheblich verbessert werden, wenn die einzelnen Stadtausschüsse bei der Beurteilung von Maßnahmen besser miteinander kommunizieren würden. Es wurde außerdem betont, daß mehr Frauen an der Verkehrsplanung beteiligt werden sollten. Die Sichtweise in der Verkehrsplanung sei zu sehr am Blick autofahrender Männer ausgerichtet.

Die am Dialog teilnehmenden Vertreter des ADFC regten an, Bernau fahrradfreundlicher zu machen. Das erste Fahrradparkhaus in Brandenburg sollte durch eine gezielte Förderung des Fahrradverkehrs ergänzt werden. Dazu gehöre zum Beispiel die konsequente Einrichtung des Tempo 30 km/h in der Innenstadt. Es sollte auch darüber nachgedacht werden, den Berufs- und Privatverkehr innerhalb der Stadtmauern völlig zu beruhigen und die Innenstadt als autofreie Zone zu erklären. Erfolgreiche Beispiele dafür gäbe es zuhauf (z.B. Helgoland, Hiddensee, Lucca in Oberitalien, Zermatt in der Schweiz). Gegenwärtig sei ein sicheres Fahrradfahren in der Stadt Bernau nicht gewährleistet.

Die Teilnehmenden des Bernauer Dialogs waren sich einig, daß die einzelnen Diskussionsbeiträge als Bausteine für die Formulierung einer stadtplanerischen Vision genutzt werden können. Der ADFC würde es am liebsten sehen, wenn die Überschrift dazu lauten würde: Bernau – die erste Stadt mit Tempo 30. Die lebhafteste Diskussion zeigte, wie wichtig den Teilnehmenden der Nachbarschaftsgedanke, die Mobilität und Verkehrsplanung sowie die Fortschreibung des Sozialreports ist.

Dr. DIETER KORCZAK

Wanderplan

Der Veranstaltungsplan der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. für das zweite Quartal 2015 liegt bei den Tourist-Informationen Bad Freienwalde, Eberswalde, Strausberg, Biesenthal, Angermünde und Schwedt, sowie im Binnenschiffahrtsmuseum in Oderberg und in der Geschäftsstelle der NaturFreunde in Bad Freienwalde, Danckelmannstraße 28 bereit.

BERND MÜLLER

Wohnen am Panke-Park

Das Kasernengelände am Schönfelder Weg in Bernau soll endlich aus dem Dornröschenschlaf erweckt werden. Ein Investor plant, das Gelände zu einem Wohnpark mit 500 Wohnungen und Ansiedlung von Gewerbe zu entwickeln. Zu diesem bisher größten Sanierungsprojekt hat die Stadt Bernau den Entwurf eines Bebauungsplanes vorgelegt. In diesem werden Art und Maß der Bebauung sowie die Verkehrserschließung geregelt. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Bauleitplanung ist ausdrücklich erwünscht.

Deshalb lädt die Linksfraktion Bernau zu einem »Vor-Ort-Treff« auf das bislang verschlossene Gelände ein. Am Donnerstag, dem 30. April 2015, von 17 bis 18.30 Uhr können sich alle Interessenten direkt vor Ort informieren. Bürgermeister André Stahl (DIE LINKE) wird zum Entwurf des Bebauungsplanes Rede und Antwort stehen. Der Treffpunkt ist um 17 Uhr das Eingangstor zum ehemaligen Kasernengelände am Schönfelder Weg.

CHRISTIAN REHMER

Der Entwurf des Bebauungsplans »Wohnen am Panke-Park«, bestehend aus Planzeichnung und textlichen Festsetzungen, liegt zur allgemeinen Einsichtnahme bis Montag, den 11.05.2015 im Rathaus der Stadt Bernau, Marktplatz 2, (1. Etage vor dem Eingang in den Ratssaal) aus. Während der Dienstzeiten jeweils von 7 bis 16.30 Uhr (Mo, Mi, Do), 18.30 Uhr (Di) bzw. 13.30 Uhr (Fr) können Vorschläge, Kritiken und Einwände zum Planentwurf geltend gemacht werden.

Wohnideen für Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Baugrundstücke mitten im Stadtzentrum sind in Eberswalde nur noch vereinzelt zu finden. Um die wenigen freien Flächen bestmöglich und zu bezahlbaren Preisen anbieten zu können, geht die Stadt Eberswalde mit Projekten für Baugruppen neue Wege. Die Grundstücke zwischen Braut- und Judenstraße und Goethestraße/Schweizer Straße werden in Kooperation mit den Architekturbüros DMSW und WOCAArchitektur entwickelt. »An der Goethestraße/Schweizer Straße sowie zwischen Braut- und Judenstraße werden zwei Baulücken in attraktiver Lage als sogenannte Baugruppen entwickelt«, so Anne Feller, die Baudezernentin der Stadt. Der Vorteil besteht im Zusammenschluß verschiedener Bauherren, die gemeinsam planen und bauen und sich die Kosten teilen. Das Bauen in Baugruppe erlaubt es, sich Wohnraum individuell und vergleichsweise günstig zu schaffen. Als Gemeinschaft von Eigentümern kann die Baugemeinschaft ohne zwischengeschalteten Bauträger Wohnprojekte realisieren. Im Vergleich zur Einzellösung kommen für Baugruppen auch Grundstücke größeren Zuschnittes in städtischen Lagen in Frage. Die zukünftigen Nachbarn lernen sich bereits bei der gemeinsamen Planung kennen und entscheiden selbst, mit wem sie gemeinsam planen, bauen und wohnen möchten.

Lebensphilosophie

Bad Freienwalde (df/bbp). Einst wurden Vegetarier und Veganer als eine Randgruppe belächelt oder gar verspottet. Doch ein gesteigertes Umwelt- und Gesundheitsbewußtsein sowie Dioxin- und Gammelfleischskandale geben dem Trend zur fleischlosen Kost Auftrieb. Was vor wenigen Jahren noch undenkbar erschien, ist nun in aller Munde: Eine Ernährung ohne Fleisch liegt derzeit voll im Trend!

Dies macht auch das stetig wachsende Angebot an vegetarischen und veganen Produkten in Supermärkten und Restaurants deutlich, welche schon längst nicht mehr nur auf den reinen Bio-Markt Bereich begrenzt sind.

Doch jenseits von vorübergehenden Modetrends und -erscheinungen besitzt die vegetarische und vegane Ernährungsform auch eine lebensphilosophische Dimension. Darüber berichteten am 11. April Daniel Fischer (ehemaliger Lanu-Student) und seine Frau MiSoo Kim in einem kenntnisreichen Vortrag, zu dem das Haus der Naturpflege in Bad Freienwalde eingeladen hatte. In einem Praxisteil stellten die beiden auch vegetarische Rezepte vor.

Daniel Fischer war eng mit dem Nestor des Naturschutzes, Kurt Kretschmann, befreundet, der ebenfalls langjähriger Vegetarier und Ehrenpräsident des vebu war. Neben Daten, Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen zur fleischlosen Ernährungsform ging Daniel Fischer in dem Vortrag auch auf diese persönlichen Erfahrungen und Begegnungen ein.

Barnimer Bürgerpost

abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

Klandorf vor Erfolg

Klandorf (bbp). Die Klandorfer Bürgerinitiative macht inzwischen auch die Arbeit der Schorfheider Bauverwaltung mit. Wie Lutz Paproth von der Initiative mitteilt, gibt es über die Programme »Leader« und »Pflasterpool« Möglichkeiten, den kommunalen Mittelanteil auf Null zu drücken und dabei auch sämtliche Kosten von den Anwohnern fernzuhalten. Entsprechende Informationen hat die Initiative der Bauamtsleiterin Manuela Brandt und den Gemeindevertretern zugänglich gemacht. »Die Gemeinde braucht das Geld nur noch aufzuheben«, so Lutz Paproth. »Es gibt nicht den geringsten vernünftigen Grund, jetzt noch weiter zu verzögern.« Voraussetzung für die Förderung sei zunächst eine beschränkte Ausschreibung der Projektierungsleistungen. Die bisher praktizierte freihändige Vergabe sei förderschädlich. Außerdem sei das vorliegende Angebot des Büros Abraham, das die notwendigen Angebotsänderungen verweigert habe, ohnehin untauglich und übersteuert. Am 29. April will die Initiative das Thema in die Gemeindevertreterversammlung bringen.

Aktivitäten zum Erhalt des Finowkanals

Eberswalde (bbp). Im Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur (BMVDI) hält man von den Ideen zur Rettung des Finowkanals nicht viel. Dort ist man der Auffassung, daß Wassertourismus als Jobmotor in der Finowkanalregion nicht gebraucht wird. Arbeitslosigkeit ist kein Problem, eher der Fachkräftemangel. Wasserwege mit 40.000 Booten pro Jahr gilt es zu erhalten. Der Bootsverkehr auf dem Finowkanal sei da vernachlässigbar und kann entfallen. Und Kanus brauchen ohnehin keine Schleusen.

Hartmut Ginnow-Merkert und seine Mitstreiter im Verein »Unser Finowkanal« lassen sich von solchen Aussagen aber nicht entmutigen. Aktuell hat die Initiative viel zu tun mit der »Eberswalder Erklärung« und dem hier gegründeten NETZWERK DEUTSCHE WASERSTRABEN.

Zur Saisonöffnung hat der Verein mit den Bürgermeistern der Finowkanalregion eine Tour durch den Kanal organisiert. Außerdem wird bereits jetzt die Jahresfahrt mit dem Partnerverein, dem Schweizer Schleusenverein, vorbereitet. Die Schweizer kommen im September durch den Finowkanal und halten hier ihr traditionelles Käptn's Dinner ab. »Da wollen uns als Gastgeber natürlich nicht blamieren«, sagt Ginnow-Merkert.

Auch das Projekt, einen historischen Maßkahn nach Eberswalde zu bringen, ist in Arbeit (BBP 11/2014). Daneben gibt es Kooperationen mit Rußland und eine Partnerschaft mit Bydgoszcz in Polen. »Die Stadt Eberswalde kann auf den Kontakt zugreifen, wenn sie interessiert ist«, so Ginnow-Merkert. »Im Juni fahren wir dort hin, um die Zusammenarbeit Uni-Uni und Initiative-Initiative zu besiegen.« An der HNE wird der Verein einen studentischen Finowkanal-Wettbewerb initiieren, für den ein anonym bleiben wollender Spender 1.500 Euro zur Verfügung stellte. Auf dem Jahresprogramm stehen desweiteren die große und kleine Solarbootregatta auf dem Werbellinsee und dem Finowkanal und natürlich parallel dazu jeden Monat eine Finowkanal-Geschichten-Wanderung und ein Schleusen-Stammtisch.

Daneben will sich der Verein auch künftig »häßliche und der Stadt unwürdige Schmuttecken aufräumen«, wie zuletzt das Areal am Waggonfahrstuhl in Kupferhammer (BBP 11 u. 12/2014). Aktuell steht die ehemalige Eisengießerei Budde & Goehde an der Bergerstraße im Fokus. Dies könne »ein malerisches Wohnensemble sein«, ist aber derzeit dem Verfall preisgegeben. Hartmut Ginnow-Merkert sucht nun nach Mitstreitern, die bei einer Aufräumaktion mitmachen.

Natur und Reiseberichte im Heidekrug

Joachimsthal (bbp). Am 24. und 25. April 2015 veranstaltete der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 sein traditionelles Wochenende zu den Themen Outdoor- und Survival-Techniken, bedrohte Völker und altes Handwerk. Nachdem in den vergangenen Jahren u.a. ein Einbaum gebaut und vom Wasserturm abgeseilt wurde, stand in diesem Jahr die Rückbesinnung auf den Aufenthalt in der Natur im Mittelpunkt – sowohl in Joachimsthal und Umgebung als auch an anderen Orten der Welt. Los ging es am Freitag, dem 24. April, mit

einem Vortrag des bekannten Rostocker Abenteurers Ronald Prokein unter dem Titel »Vom neu entdeckten Kältepol zum heißesten Punkt Australiens«. Am Samstagnachmittag standen bei einem Workshop mit Tim Taeger von der Jagd- und Wildnisschule Jagwina Übungen zur Naturbeobachtung und zum Überleben im Freien auf dem Programm. Am Abend kam dann der in Joachimsthal bereits durch mehrere Vorträge bekannte Niels Hoffmann mit seinem aktuellen Projekt »Kreuzfahrt durch Litauen« in den Heidekrugsaal.

Annäherungen

Malerei zwischen Realität und Abstraktion, basierend auf den Wurzeln der klassischen Moderne. Eine Suche nach dem Wesentlichen eines Augenblickes, eines Ortes, nach der Balance von physiologischer Wahrnehmung und kulturell geprägter Ästhetik. Ein Spiel mit Farben, Formen und Texturen mit dem Ziel, nicht nur das vordergründig Gesehene abzubilden, sondern durch Reduktion zu einer ruhigen, klaren und kontemplativen Form zu gelangen. Die Begegnung mit dem Fremden und das Wiederentdecken der Heimat. Erleben, Metamorphose, Neuentdeckung. KUNST JETZT HIER.

CHRISTINE FALK

Noch bis zum 24. Juni in der KLEINEN GALERIE der Stadt Eberswalde · Michaelisstraße 1 · 16225 Eberswalde · im SparkassenFORUM. Das Galeriegespräch mit der Künstlerin findet am 23. Juni 2015 um 17 Uhr statt.

Gemeinwohl-Ökonomie

In der studentisch organisierten Projektwerkstatt »Gemeinsam anders wirtschaften« an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde untersuchen Studierende alternative Wirtschaftskonzepte. Für Freitag, den 8. Mai, ab 19 Uhr im Hörsaal des Hauses 1 auf dem Stadtcampus, hat das Projektteam Christian Felber eingeladen. Der bekannte österreichische Autor und Referent zu Wirtschafts- und Gesellschaftsfragen wird über das Konzept der »Gemeinwohl-Ökonomie« sprechen. Der Eintritt ist frei und jeder Interessierte ist herzlich willkommen!

OLEF KOCH

Mehr Informationen zu Christian Felber und der Gemeinwohl-Ökonomie finden Sie unter: www.christian-felber.at/kontakt.php www.hanser-literaturverlage.de/autor/christian-felber/# www.ecogood.org/was-ist-die-gemeinwohl-oekonomie

Vattenfalls Energieholzplantagen:

Nullsummenspiel für den Klimaschutz

Vattenfall kann's nicht lassen und das Land Brandenburg auch nicht. Wie die Berliner Zeitung berichtete, will der Konzern nun in eigenen Heizkraftwerken und anderswo in kleinen Heizkraftwerken vermehrt Holz aus Schnellwuchsplantagen – auch Kurzumtriebs- oder Energieholzplantagen genannt – verfeuern. Das ist zwar wertlos für den Klimaschutz, aber wertvoll fürs Geschäftsklima von Vattenfall. Noch dazu werden die Plantagen vom Land Brandenburg gefordert. Verplempertes Geld, das besser für den ökologischen Waldumbau oder den ökologischen Landbau ausgegeben werden sollte.

Das notwendige Zwei-Grad-Ziel bis 2050 zur Stabilisierung des Weltklimas rückt mit solchem und anderem Unsinn immer weiter in die Ferne. Denn mit derartigen Plantagen wird kein Beitrag dazu geleistet, das im Überschuß in der Atmosphäre enthaltene, klimaschädliche Kohlendioxid wirksam zu reduzieren und dem aus den Fugen geratenen, globalen CO₂-Kreislauf wieder ins Lot zu verhelfen.

Warum? Das Kohlendioxid wird praktisch nur im Kreis gefahren, ohne wirksam aus dem Verkehr gezogen zu werden. Im Zuge des Wachstums der schnell wachsenden Pappeln und Weiden wird das Kohlendioxid aus der Luft geholt und in Form von Holz gespeichert. Das Holz verbleibt auf den Feldern nur für kurze Zeit (drei bis vier Jahre) und bei dessen Verbrennung wird dann das Kohlendioxid wieder frei gesetzt. Und das nicht zu knapp. So setzt die Verbrennung von Holz praktisch so viel Kohlendioxid frei wie schlechte Braunkohle.

Hinzu kommt eine geringe Energie-Effektivität, sollten Biomasseheizwerke – die allein Wärme bereit stellen – mit Holzschnitzeln beliefert werden. Denn wenn die relativ hohe Verbrennungstemperatur nicht zur Stromerzeugung mitgenutzt wird, entsteht lediglich energetischer Abfall in Form von Niedertemperaturwärme. Im Übrigen entstehen als unge-

wolltes Nebenprodukt der Verbrennung – selbst wenn es sauberes Wald- oder Plantagenholz ist – große Mengen an gesundheitsschädlichen Fein- und Feinststäuben, die mit Giftstoffen beladen sind. Noch dazu werden solche Stäube durch geltende Abgasregelungen für Verbrennungsanlagen ungenügend zurückgehalten und verschmutzen so weiträumig die Luft.

»Klimaneutrale« Holzverbrennung muß auf den Prüfstand

Formal stimmt das wirkmächtige und eingängige Kreislaufbild, wonach bei der Holzverbrennung nur das Kohlendioxid frei gesetzt wird, welches zuvor durch die Photosynthese aus der Atmosphäre geholt wird. Deshalb wird immer wieder das hohe Lied von der klimaneutralen bzw. CO₂-neutralen Holzverbrennung angestimmt, aber damit wird im konkreten Fall verschleiert, daß mit dieser Plantagenwirtschaft praktisch kein Kohlendioxid langfristig aus dem globalen CO₂-Kreislauf gezogen und in langlebigen Speichern gebunden wird.

Solches Holz kann deshalb im Falle seiner Verbrennung nicht den Stempel der Klimaneutralität bzw. Klimafreundlichkeit beanspruchen. Notwendige, langlebige Speicher sind ökologisch bzw. nachhaltig bewirtschaftete

Wälder, die große Mengen an Kohlendioxid in Form von Holz über viele Jahrzehnte und Jahrhunderte speichern können. Und das sind langlebige Holzhäuser oder ebensolche Holzprodukte wie Dachstühle, Treppen, Fenster, Dielen etc. Es ist einer der notwendigen Schritte, die Klimaproblematik zu entschärfen.

Was für den notwendigen Aufbau von CO₂-Speichern in Form von Wäldern und langlebigen Holzprodukten gilt, hat umgekehrt für den Erhalt der in erdgeschichtlich langen Zeiträumen gebildeten Speicher für fossile Energieträger zu gelten. Ihre weitere massive Entleerung verschärft die Klimaprobleme. Deshalb muß für den Energieverbrauch im Wärmebereich gelten: Möglichst viel Solar- und Erdwärme und zugleich möglichst wenig Holz- (beschränkt auf Rest- und Abfallholz) und Erdgasverbrennung (nur für den Übergang ins solare Zeitalter), aber auf jeden Fall keine Kohle und kein Erdöl mehr. Diese Prioritätensetzung brauchen wir dringend für die Zukunft und kein kurzsichtiges Gerede über Nachhaltigkeit.

Zu weitergehenden Informationen, warum die energetische Nutzung von Biomasse nicht klimaneutral ist, sei auf das sehr gelungene Erklärungsmodell des Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. (www.sfv.de) verwiesen.

Dr. DETLEF BIMBOES

»Am Öl kann's nicht liegen...«

Erstes Repair-Café im »Zwischenraum h15« des Hebewerk e.V. im WBG-Vereinshaus

Eberswalde (bbp). »Am Öl kann es nicht liegen, es ist keins dran« – der klassische Mechaniker-Witz verkündet Wahres. Nicht umsonst heißt es: »Öl tut Wunder«. Bei dem Tischventilator, den ein Besucher des ersten Repair-Cafés im Brandenburgischen Viertel am 11. April im »Zwischenraum h15« im Vereinshaus der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow in der Havellandstraße 15 im Brandenburgischen Viertel mitgebracht hatte, trafen die Klischees ins Schwarze. MANFRED MARTIN zeigte dem jungen Mann, wie der Ventilator zusammengeschaubt ist und wo sich die empfindlichen Lager befinden. Ein paar Tropfen Feinmechanik brachten den Ventilator wieder in Bewegung.

Oft sind es nur solche Kleinigkeiten, die ein Haushaltsgerät nicht mehr funktionieren lassen. Der Gang in eine professionelle Reparaturwerkstatt – sofern es sowas noch geben sollte – ist meist teurer als der Kauf eines neuen Gerätes. Das alte Teil – obwohl es meist mit geringem Aufwand wieder in Gang zu setzen wäre – fliegt in den Müll.



FOTO: GERD MARKMANN

Hier setzt das Repair-Café an. Selbstreparieren kostet nichts. Man muß es nur können. Und mit der professionellen Hilfe der Hebewerker kann es jeder.

Haushaltsgeräte durch Reparatur langlebiger zu machen schont nicht nur den Geldbeutel, sondern leistet auch ganz nebenbei einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für den Schutz unserer Umwelt. Jedes länger genutzte Haushaltsgerät verringert auf Dauer die Müllberge um uns herum.

Zum nächsten Repair-Café im »Zwischenraum h15« lädt der Hebewerkverein bereits am 9. Mai von 14 bis 17 Uhr ein.

Freie Bufdi-Plätze

Eberswalde (prest-ew). Wer sich vor der Berufswahl oder dem Studium noch orientieren möchte, kann sich ab sofort für den Bundesfreiwilligendienst in Eberswalde bewerben. Junge Menschen bis zum Alter von 25 Jahren können ihren Freiwilligendienst bereits ab dem 1. Mai an verschiedenen Einsatzstellen in der Stadt leisten. Dazu gehören der Zoo, das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio oder das Museum Eberswalde.

Eine frühzeitige Bewerbung sichert gute Chancen, »einen der begehrten Plätze« zu erhalten, so Thomas Holzhauser, Leiter des Amtes für Beschäftigungsförderung und Freiwilligendienste der Stadt Eberswalde. In folgenden Einrichtungen kann der Dienst auch geleistet werden: Familiengarten, Bauhof, Behindertenzentrum, Grundschulen, Bürgerzentrum Brandenburgisches Viertel, Stadtbibliothek, Kulturamt und Club am Wald. Bewerbungen können beim Amt für Beschäftigungsförderung und Freiwilligendienste der Stadt in der Poratzstraße 75 eingereicht werden. Ein entsprechendes Bewerbungsformular findet sich auf www.Eberswalde.de.

Ist das Wahnsinn?

Ich bin Jahrgang 1924, also bald abgelaufen. Doch was zu unserer Generation grausames geschah, geht zu unseren Lasten, da wir es nicht mit allen Mitteln verhindert haben und den Menschen, die gegen den Faschismus gekämpft haben, keine Hilfe boten. Ich erinnere mich an einen Dokumentarfilm zum Thema Stalingrad. Da wurden in einem Ort alle Erwachsenen erschossen und 90 Kinder eingesperrt in einem Haus. Auf die Frage an das Oberkommando, was mit den Kindern passieren soll, heißt es: die BRUT muß weg. Der Befehl wurde sofort ausgeführt. Bitte stellt Euch vor, es wären Eure Kinder oder lieben Enkelchen. Und die, die so brutal morden konnten, waren doch Menschen aus dem christlichen Abendland!

Vor 70 Jahren am 8. Mai war der Tag der Befreiung. Nie, nie, nie wieder Krieg!

Was haben die Menschen daraus gelernt? Heute höre ich, wie damals als junges Mädchen, daß der Gürtel enger geschnallt werden muß, es nichts wichtigeres gibt als aufzurüsten, wie man Feindbilder hervorzaubert, sogar ähnliche Parolen wie 1938 vom drohenden Russen, der nun Putin heißt. Und unser christliches Abendland braucht nichts dringender als Kampfdrohnen, eine saubere Waffe, die Leben rettet – ja, sowas sagt die Kriegsverteidigungsministerin. Die Kampfdrohne schützt wirklich Leben, nämlich das des Mörders, der tötet aus der Ferne. Und »Kollateralschäden« passieren halt. Millionen Menschen sterben, viele sind ständig auf der Flucht, oft mit kleinen Kindern und alten Menschen. Sie verlieren ihre Wohnstätten, sie haben keine Sicherheit, aber die Rüstungsindustrie und der Waffenhandel läßt den Profit ins Uferlose wachsen.

Uns geht es gut? Auch anderes weiß ich noch: als Holland, Belgien, Frankreich erobert waren, gab es Jubel ohne Ende. Aber dann großes Elend, als das dicke Ende kam. Zunächst in Form von seitenweisen Traueranzeigen in den Zeitungen. Dann das Zittern in den Kellern, wenn die englischen und amerikanischen Bomber ihre schweren Bomben über die deutschen Städte abwarfen, wo man noch heute laufend Blindgänger findet.

Wer die 12 Jahre Nazi-Zeit überlebte, weiß, daß der Widerstand gegen diese vom Kapital gestützte Mordsbande zu schwach war und der gemeinsame Kampf gegen den Faschismus verpaßt wurde.

Wie und wo stehen wir heute? Wie wurde es möglich, daß aktuell bestimmte Politiker ohne Zögern für Kriegseinsätze stimmen? Entscheidungen treffen für wahnsinnige Aufrüstung zum Krieg? Das Feindbild *Rußland* ist schon klar in Sicht. Atomkrieg auch.

Es wäre an der Zeit, sie in einer geschlossenen Anstalt unterzubringen. Zu unserer und ihrer Sicherheit! Der Widerstand gegen diese menschenfeindliche Politik ist Pflicht aller friedliebenden Menschen.

ELISABETH MONSIG

Bahnwerk: Die Solidarität der Nachbarn

Eberswalde/Angermünde/Schwedt/Bad Freienwalde/Potsdam (bbp). Gegen das drohende Aus für das Bahninstandsetzungswerk in Eberswalde regt sich auch in den Nachbarstädten der Widerstand. Nach dem Bürgermeister von Angermünde (BBP 4/2015) haben sich Anfang April auch der Bürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden in Schwedt den Erhalt des Werkes gefordert. Das Bahnwerk sei einer der größten Betriebe in der Region, heißt es in ihrem Appell an die Deutsche Bahn AG: »Ohne sich der historischen Aufgabe zum Erhalt dieses Traditionsunternehmens bewußt zu sein, wird der seit über 135 Jahren in Eberswalde befindliche Standort durch die Deutsche Bahn mit der Schließung bedroht. Betroffen sind davon knapp 500 Beschäftigte und 35 Auszubildende.

Die Sorge der Menschen, in der vom demographischen Wandel bedrohten sowie wirtschaftlich schwachen Region ihren Arbeitsplatz zu verlieren, ist begründet. Wir appellieren an die Verantwortlichen der Deutschen Bahn, diesen Standort nicht aufzugeben und alles dafür zu tun, die Arbeitsplätze zu erhalten sowie Konzepte zum Erhalt zu finden, um ein deutliches Signal für die betroffenen Menschen in Eberswalde und für die Tradition des Bahnwerkes zu setzen.«

Schwierigkeiten mit den Nullen

Was wollte uns der Minister sagen?

Um es vorweg zu nehmen, hier soll nicht über das Sozialverhalten der Minister zu ihren Amtskollegen berichtet werden, sondern es geht um richtige Nullen. In Zeitalter von Staatsschulden, der Finanzkrise, ausufernden Kosten bei etwas größeren Bauvorhaben und der von der EZB initiierten Inflation fällt es schwer, sich die dabei auftretenden großen Zahlen von Geldbeträgen vorzustellen. Meistens geht es bei diesen Zahlen nur um die Nullen, und damit hat manch ein Minister so seine Schwierigkeiten.

Ein Beispiel dafür lieferte der ehemalige Wirtschaftsminister der BRD Martin Bagemann (FDP) in einem Interview mit der Fernsehzeitung »Hör zu«: Wissen Sie denn, wie viele Nullen eine Milliarde hat? Ach du lieber Gott! Sieben? Nein. Acht? Nein, neun, Herr Wirtschaftsminister. Auch der Exfinanzminister der BRD Peer Steinbrück (SPD) hatte in der SAT1 Sendung Wahlarena am 06.09.09 seine Schwierigkeiten. Dort mußte er sich bei vorgelegten Finanzmarktzahlen von Milliarden auf Billionen korrigieren lassen. Er kann aber nichts dafür. Bekanntermaßen hatte er in Mathe eine 5 und ist zwischen der 8. und 10. Klasse zweimal sitzen geblieben.

Bei dem aktuellen Beispiel geht es nicht um Mathematik, sondern um Rechnen. Dieses Fach hatte ich während meiner Schulzeit in der DDR bis zur 4. Klasse, ab der 5. gab es Mathematik. Beim Rechnen lernte ich auch, daß beim Teilen durch 10 eine Null wegfällt. Viel-

Aus Bad Freienwalde meldete sich die Landtagsabgeordnete Jutta Lieske (SPD) zu Wort. Dietmar Ortel (CDU), Ausschußvorsitzender für Wirtschaft und Finanzen, hatte sie über die Lage informiert. In ihrer Resolution zum Erhalt des Bahnwerkes schreibt sie: »Aus einem Gutachten der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und des Betriebsrates der Deutschen Bahn AG geht hervor, daß eine Weiterführung des Betriebes durchaus möglich sei. Dazu müsse unter anderem das Drittkundengeschäft ausgebaut werden. Eine weitere Perspektive kann die Errichtung einer Waschanlage für Kesselwagen bieten.« Jutta Lieske fordert die Deutsche Bahn AG auf: »Bitte schaffen Sie für die 500 Arbeitnehmer am Standort in Eberswalde nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten und für die Region weitere Entwicklungspotentiale.«

Zugleich setzen die Beschäftigten des Bahnwerkes ihren Widerstand fort. Die Gespräche zwischen Bahnvorstand Rüdiger Grube und Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) am 14. April in Potsdam begleiteten die Bahnwerker mit Protesten. Mit ihnen waren auch Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) und weitere Eberswalder Kommunalpolitikern nach Potsdam gekommen.

leicht hat der Brandenburgische Innenminister Schröter (SPD) seine Schwierigkeiten damit. Er erklärte am 21.04.15 in den Nachrichtensendungen bei »Antenne Brandenburg« um 18 Uhr und um 19 Uhr zur Kritik der Fraktionsvorsitzenden Margitta Mächtigt (DIE LINKE) am Informationsstil zur geplanten Kreisgebietsreform: »Das ist der typische Sturm im Wasserglas. Natürlich wird das sicherlich diskutiert werden müssen im Zuge einer Leitbilddiskussion. Darüber hinaus steht im Koalitionsvertrag etwas von 10 Landkreisen. Nimmt man den Taschenrechner, teilt 2,45 Millionen Einwohner durch 10, dann kommt man auf eine durchschnittliche Bevölkerung von Landkreisen. Also alles ist bekannt...«

Was will der Minister damit sagen? Will er sagen, daß er mit einem Taschenrechner umgehen kann? Will er den Zuhörer auffordern bei einer Division durch 10 einen Taschenrechner zu benutzen? Oder kann er nicht ohne Taschenrechner durch 10 dividieren? Das richtige Ergebnis der Division hat er übrigens nicht mitgeteilt.

Bleibt noch nachzutragen, um 19.30 Uhr des gleichen Tages wurde im RBB Fernsehen bei »Brandenburg aktuell« ein Teil des Interviews mit dem Minister gesendet. Eingebledet wurden dann noch drei Möglichkeiten für Einwohnerzahlen in den neuen Landkreisen. Keine dieser eingebledeten Zahlen entsprach dem Ergebnis einer Division der Bevölkerungszahl von Brandenburg durch 10.

Dr. ULRICH POFAHL

Frauentag beim Bundesheer

»Das war ein geiles Gefühl, echt cool«, sprach laut einer sächsischen Regionalzeitung eine oberarmtätowierte Mutti, nachdem sie ein paar Salven aus dem nagelneuen Sturmgewehr des Bundesheeres hatte abfeuern dürfen.

Das coole Shooting war der Höhepunkt eines Treffens, zu dem das Familienbetreuungszentrum der Bundeswehr am 8. März (!) im Standort M. (Erzgebirge) eingeladen hatte. Viele Ehefrauen, Verlobte, Mütter und Schwestern »unserer Jungs« waren dem Ruf zur speziellen Frauentagsfeier gefolgt, und auch Töchter und Söhne der Soldaten bewimmelten die Szene oder winkten vom Sportwagen aus fröhlich dem bunten Treiben zu.

Es gab den üblichen Erbseneintopf aus der Gulaschkanone, einen – für die Damen modifizierten – Wettlauf auf der Sturmbahn, Gespräche mit einem sogenannten Wehrpsychologen, der Standortobrist bat zu Kaffee und Torte, und bevor die Frauen an die Waffe gelassen wurden, gab es einen Panzer zu besichtigen und zu beklettern. Fürsorglich reichte die erwähnte Mutter ihre etwa vierjährige Tochter einem Stabsgefreiten zu, der das Kind ebenso behutsam auf dem Feuerrohr des Kampfwagens unterbrachte. Der Vorgang wurde beflissen fotografiert, und da auch die Oma der Kleinen zur Hälfte im Bild war, fiel dem Pressefritzen die geistreiche Untertitelung »Drei Generationen im Bunde beim Bund« ein. Waidmannsheil zu diesem prächtigen Schnappschuß!

Ähnliche Peinlichkeiten gab es auch in der DDR – entsetzliche Bilder im Zentralorgan und der »Aktuellen Kamera«, auf denen das eigentlich Unvorstellbare zusammengebracht wurde: Kinder und Tötungsgerät. Jüngste Pioniere hantierten an der Kalaschnikow, Kinderköpfe unter Panzerhauben, Jungen und Mädchen in den Drehsitzen von Fliegerabwehrkanonen, die sie umwirbelten wie ein Karussell. Man nahm das mit verhaltener Wut und knirschenden Zähnen hin, einzig aus christlichen Kreisen kamen kritische Stimmen. Und die Westmedien empörten sich – rechtens – über diese besonders zynische Form des Kindesmißbrauchs.

»Freunde zum Anfassen«

Am 11. März hatte die BRANDENBURGISCHE FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT E.V. Eberswalde zu einem Freundschaftsnachmittag eingeladen. Auf dieser Veranstaltung konnten wir lieben Besuch aus Berlin begrüßen – Brigitte Großmann vom Verein »Berliner Freunde der Völker Rußlands« und ihren Mann. Zu Beginn erhielten die anwesenden Frauen vom Vorsitzenden die herzlichsten Glückwünsche und eine Rose zum Internationalen Frauentag.

Nach einem leckeren, selbstgebackenen Kuchen mit Kaffee kamen wir zum Thema des Nachmittags: Erlebnisse und Erinnerungen von Deutschen und Sowjetbürgern, deren Staaten es schon lange nicht mehr gibt. Brigitte Großmann, Lehrerin im Ruhestand, hat sich diesem Thema gestellt und eine Fotodokumen-

Und nun, heute? Es ist ja eine Westgazette, sozusagen, obwohl die betreffende Reportage in einem Dresdner Blatt zu lesen war, die ablehlt, was zu verdammen wäre. Wenn einer, was unentschuldig ist und bleibt, Abbildungen nackter Kinder besitzt, die sich zu pornografischen Szenen zwingen lassen mußten, reagiert die Öffentlichkeit empört, die parlamentarischen Gremien installieren Kommissionen und Ausschüsse. »Wir können nicht hinnehmen, daß Kinderseelen auf Dauer beschädigt werden... Wer hier verharmlost, muß sich nach seinen moralischen Prinzipien befragen lassen...« So und ähnlich die Statements der Politik. Und dagegen ist nichts, rein gar nichts zu sagen.

Wo aber bleibt der Aufschrei angesichts der Vorkommnisse auf der »Frauentagsfeier« in M.?

Heinrich Böll, Nobelpreisträger und gestandener Moralist, wurde im Gespräch nach einer Lesung um seine Meinung zur Pornografie befragt. Es war die Zeit, da im deutschen Westen die sogenannte sexuelle Befreiung kontrovers diskutiert wurde. Seine dokumentierte Antwort: »Für mich ist der Anblick eines ordengeschmückten Generals schlimmer als alle Pornografie.« Weit und breit ist keiner im Lande hörbar und – was besonders erschreckend ist – nicht einmal jemand der kühnen Bürgerrechtler von dunnemals, in Pflugscharzeiten, der angesichts solcher »Vorkommnisse« auf die Barrikade gehen würde.

Natürlich steht an der Spitze der Schweigsamen der Liebling aller Sanften und Braven, der Häuptling des Mecklenburger Anti-Honeckerismus, der möglicherweise gerade darüber nachdenkt, ob der Herr nicht eventuell die Bundesarmee gemeint haben könnte, als er sprach: »Lasset die Kindlein zu mir kommen...«

Warten wir die nächste Staatspredigt Gaucks ab.

Dr. STEFFEN PELTSCH

tion mit sehr berührenden Berichten und Briefen unter dem Titel »Freunde zum Anfassen« zusammengestellt und als kleines Buch im Spätherbst 2014 auf eigene Kosten herausgebracht. Der ehemalige Ministerpräsident unseres Landes Brandenburg, Matthias Platzeck, schrieb im August 2014 dazu ein Vorwort.

Diese persönlichen Erinnerungen sind ihren ehemaligen Schülern der Jahrgänge 1981-1989 sowie den russischen, belorussischen und ukrainischen Freunden gewidmet.

Mit ihrer freundlichen und sympathischen Ausstrahlung hatte Brigitte Großmann die Teilnehmer schnell in ihren Bann gezogen. In ihrem Vortrag sprach sie über die persönlichen Erlebnisse, die sie gemeinsam mit ihren Schülern bei Freundschaftstreffen mit Sowjetsolda-

Wandertips

von BERND MÜLLER

Im Fledermausmuseum

3. Mai, Sonntag, 6 km Rundweg

Besichtigung des Fledermausmuseums mit Eiskeller. Danach wandern wir hinunter in das schöne Stobbertal zur Pritzhagener Mühle. Dort erwartet uns Kuchen und Kaffee. Gestärkt geht es vorbei an Junker Hansens Kehle durch die Hölle zurück zum Julianenhof (3 Stunden mit Pause). Tourleiter sind Heidi und Bernd Schenderlein. Treff: 13:30 Uhr Internationales Fledermausmuseum, Julianenhof 15 B, 15377 Märkische Höhe (bei Buckow, Märkische Schweiz)

Die Rieseneiche im Eichhorntal

10. Mai, Sonntag, Wanderung im ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark

Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. laden heute ein zu einer geführten 10 km Wanderung auf polnischer Oderseite (Rundtour, ca. 4 Stunden mit Pausen). Gestartet wird in Hohenwutzen. Gemeinsam fahren wir zum Ausgangspunkt der Wanderung, dem Bahnhof Zäckerick (Siekierki). Entlang dem wunderschönen Fließ öffnet sich das Tal ab und an mit herrlichen Fischteichen. Wir besuchen die Rieseneiche und machen Mittagspause in Grünberg (Golice). Nach 1 km Pflasterweg geht es wieder auf Feldwegen zurück zum Ausgangspunkt. Tourleiter Corinna Gerber. Teilnehmer, die mit dem Zug anreisen, bitte bei uns über Anreise erkundigen.

Treff: 10 Uhr, Hotel »Zur Fährbühne«, Fährweg 17, 16259 Hohenwutzen

Die Touren im Monat Mai sind Teil der bundesweiten Wanderaktion zur biologischen Artenvielfalt des Bundesamtes für Naturschutz. Alle Teilnehmer erhalten den Wanderpass und nehmen am Gewinnspiel teil. Weitere Wandertermine unter: www.berg-frei.de.

Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben werden folgenden Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 2,50 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

ten hatte, zitierte aus ihrem Buch und zeigte dazu ihre Fotos von den Begegnungen. Aus den Darlegungen wurde deutlich, daß die Deutsch-Sowjetische Freundschaft ein inneres Bedürfnis der Beteiligten war. Sie wollten die jeweiligen Partner näher kennen lernen und dabei erfahren, woher sie kommen, wie sie leben und was sie bewegt.

Die Ausführungen von Frau Großmann waren für die Teilnehmer Anlaß, im Anschluß an den Vortrag aus ihrem eigenen Erleben zu berichten und ihre ähnlichen Erfahrungen darzulegen. Die Veranstaltung war eine schöne Bereicherung unserer Freundschaftsarbeit und wird weitere Impulse auslösen.

WALDEMAR HICKEL,

Vorsitzender der BFG e.V. Eberswalde

Nackt unter Wölfen

Mit Interesse haben 5,4 Millionen Fernsehzuschauer, darunter auch ich, die Neufilmung »Nackt unter Wölfen« und die anschließende Dokumentation »Buchenwald – Heldenmythos und Lagerwirklichkeit« gesehen.

Der Verdienst des Filmes »Nackt unter Wölfen« besteht vor allem darin, daß der grausame Umgang der Nazis mit den Menschen in den Konzentrationslagern ungeschminkt dargestellt und die damit verbundenen persönlichen Schicksale anschaulich deutlich gemacht wurden. Völlig vermißt habe ich allerdings eine differenzierte Darstellung politischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge.

So hätte man deutlich machen müssen, daß der gut organisierte Widerstand der Kommunisten gemeinsam mit Sozialdemokraten die Leiden aller Häftlinge einschließlich der Kinder milderte, während Kriminelle ihre von den Nazis übertragenen Funktionen im Lager zum persönlichen Nutzen bis zum Verrat anderer Häftlinge ausübten. Diese Hintergründe wurden zwar teilweise im anschließenden Film dargestellt, aber im Schlußkommentar wieder abgeschwächt und relativiert.

Ich war als Vertreter der jungen Generation 1945 Mitglied des Kreisvorstandes der SPD in Gera und nach der Vereinigung 1946 Mitglied des Kreisvorstandes der SED. In beiden Gremien waren politische Häftlinge der KPD und SPD aus dem KZ Buchenwald stark vertreten. Aus der politischen Arbeit dieser Zeit und durch persönliche Freundschaften mit ehemaligen Häftlingen hatte ich vielfach Gelegenheit, das Leben und die wahren Geschehnisse im KZ Buchenwald verbunden mit persönlichen Schicksalen kennenzulernen. Ich halte aufgrund dieser Erfahrungen den Versuch für unanständig, den antifaschistischen Kampf dieser Häftlinge herabzuwürdigen, wie das schon in der Überschrift der Dokumentation »Heldenmythos und Lagerwirklichkeit« sowie auch in den Kommentaren dazu versucht wird.

Der organisierte Widerstand der Buchenwald-Häftlinge verdient vielmehr unsere uneingeschränkte Achtung. In diesem Zusammenhang hat mich auch befremdet, daß es die verantwortlichen Redakteure in einer abendfüllenden Sendung nicht für notwendig hielten auch nur zu erwähnen, daß der Vorsitzende der KPD Ernst Thälmann von den Nazis in Buchenwald ermordet wurde.

Bei dieser Gelegenheit scheint mir auch eine Klarstellung zu der globalen und einseitigen »Zwangvereinigung« von SPD und KPD notwendig. Sicher hat es Fälle von Administration und auch Zwang dabei gegeben, was zu verurteilen ist. In Wahrheit gab es aber 1945 auch einen tief verwurzelten Wunsch nach einer einheitlichen Arbeiterpartei, der auch bei den KZ-Häftlingen in Buchenwald schon während ihrer Haft entstanden ist. Auch diese Wahrheiten sollte man nicht verschweigen.

Dr. HELMUT KOCH

Vor 70 Jahren:

Die Eberswalder Bombennacht

Vor 70 Jahren, in den letzten Apriltagen 1945, stand das Zentrum der Stadt Eberswalde in hellen Flammen. Dabei wurden 389 Häuser völlig zerstört, 106 Häuser trugen größte Schäden, 315 Häuser mittlere Schäden und 1259 Häuser kleinere Schäden davon. Von insgesamt 12.168 Wohnungen waren 2.930 unbenutzbar, 1.733 Wohnungen mit allem Inhalt total vernichtet. Wieviel Menschen dabei ihr Leben verloren, konnte nicht erfaßt werden. Es existieren keine Toten- oder Beerdigungslisten. Für die Überlebenden stand nur die Frage, die Leichen so schnell wie möglich zu beerdigen, um Seuchen vorzubeugen. Wie kam es dazu?

Am 15. April 1945 wurde Eberswalde von den Faschisten zur Festung erklärt. Vier Tage danach bezogen Einheiten der 4. SS-Polizei-Division und das SS-Panzer-Grenadier-Regiment 7 vorbereitete Stellungen in Ostende mit der Front gegen Osten.

Am 20. April wird die Bevölkerung zur Evakuierung aufgefordert, aber rund 8.000 Eberswalder bleiben in der Stadt.

Am 21. April versammeln sich 200 Frauen und Mütter vor dem Wehrbezirkskommando (heute GLG-Verwaltungsgebäude, Ecke Grabow-/Rudolf-Breitscheid-Straße). Sie forderten die kampfbereite Übergabe der noch unzerstörten Stadt an die heranrückende Rote Armee, um Leben zu erhalten und Zerstörungen zu verhindern. Der faschistische Kampfkommandant Oberst Vogel brachte Maschinengewehre gegen die demonstrierenden Frauen in Stellung.

Die 61. Armee hatte den Auftrag, auf dem rechten Flügel der Berlin angreifenden Belorussischen Front einen Sperrriegel gegen faschistische Truppenverbände aus dem Norden zu bilden. Die sowjetischen Einheiten umgingen Eberswalde dabei von Süden, ihre Parlamentäre werden am 23.4. abgewiesen, infolgedessen wurde der Sturm auf die Stadt für den 24. April angekündigt.

Gegen 11 Uhr eröffnete die sowjetische Artillerie diesen Angriff. In der Stadt entstanden durch den Beschuß einige Brände. Vor allem Häuser in der Eisenbahnstraße waren betroffen, die nicht gelöscht werden konnten, da es weder Strom noch Wasser aus der Leitung gab. Außerdem hatte die Feuerwehr (in Eberswalde befand sich die Reichsfeuerweherschule) ihre Geräte vorsorglich gen Westen »ausgelagert«.

Aus Richtung Britz/Golzow beschossen auch deutsche Geschütze die Stadt. Eine dieser Batterien befehligte Oberleutnant Motz, Sohn eines Fabrikanten in Eisenspalterei. Bei diesem Einsatz wurde er schwer verwundet. Im Stadtgebiet sprengten die sich Norden absetzenden deutschen Truppen alle Brücken über den Finowkanal. Bis zum Nachmittag des 24. April nahm die Rote Armee die Stadt bis zum Finowkanal ein. Die nördlich des Kanals verschanzten SS-Truppen leisteten noch erbitterten Widerstand. Noch am 26. April tobten Kämpfe am Oder-Havel-Kanal, im Gebiet Macherslust, Ragöser Mühle, Mönchsbrück, Kahlenberg.

In der Nacht vom 25. zum 26. April wurden die Einwohner durch heftige Detonationen aus dem Schlaf gerissen. Die ersten Bombeneinschläge erfolgten am heutigen Karl-Marx-

Platz, verlagerten sich dann in die Stadtmitte. Es waren schätzungsweise 10 bis 15 Maschinen, die in Wellen anfliegen und immer nur die Innenstadt angriffen. Die Außenbezirke wurden weitgehend verschont, nur am RAW fielen vereinzelte Bomben. Eberswalder, die das miterlebten, konnten eindeutig Maschinen der deutschen Luftwaffe erkennen. Die Flugzeuge, die vom Flugplatz Rechlin kamen, drehten immer wieder und griffen Eberswalde erneut an. Die Piloten hatten genaue Kenntnisse über die Straßenlage, waren wohl vorher zeitweilig auf dem Finower Flugplatz stationiert.

Viele Häuser an der Eisenbahn- und der Neuen Kreuzstraße sowie am Markt standen in hellen Flammen. Auch die Stolzesche Mühle an der heutigen Friedensbrücke brannte lichterloh. Letzteres wirkte sich schlimm für die Eberswalder Bevölkerung aus, denn von den dort lagernden Getreidevorräte hätten sich die Menschen gut über Wochen ernähren können.

Tragisch – 16 sowjetische Zwangsarbeiterinnen des RAW, die sich schon in Freiheit wähnten, kamen im Lager südlich der Bergerstraße ums Leben. Militärisch war dieser Bombenangriff sinnlos. Es wurde auch bis heute kein Befehl für den Angriff gefunden, nur anonyme Andeutungen von beteiligten Angehörigen der Luftwaffe, daß es deutsche Flugzeuge waren und eine Blockade der Kreuzungen an Vormarschstraßen beabsichtigt war.

Aus heutiger Sicht muß man feststellen, daß es ein reiner Terrorangriff war, der sich gegen die eigene Bevölkerung entsprechend des »Nero-Befehls« – »nur eine verbrannte Erde zurücklassen und jede Rücksichtnahme auf die Bevölkerung fallen lassen« – richtete. Dafür spricht auch der hohe Anteil an abgeworfenen Brandbomben und Phosphorkanistern im Zentrum.

KURT BERUS, Geschichtswissenschaftliches Institut Eberswalde e.V. (GWI)

70. Jahrestag der Befreiung der Völker vom deutschen Faschismus

Am Samstag, dem 9. Mai, versammeln wir uns um 10 Uhr am sowjetischen Ehrenmal im Wald von Altenhof. Wir wollen die in den letzten Kriegstagen von der Deutschen Wehrmacht ermordeten Sowjetsoldaten ehren.

Um 11 Uhr beginnen wir eine öffentliche Mitgliederversammlung im Palmencafe, zu der wir Sie einladen möchten. Lassen Sie uns über die neuen politischen Gefahren und wie wir ihnen gemeinsam begegnen können, Gedanken austauschen.

KARL-HEINZ BLÄTTERMANN,
KPD – RO Barnim/Märkisch Oderland

Sportlich fair gegen Rassismus

»TheosGym« siegten beim Völkerballturnier der Toleranz zum fünften Mal in Folge



FOTO: GERO MARRIANN

Eberswalde (bbp). Den Pokal des 5. Völkerballturniers der Toleranz, das am 11. April in der Turnhalle des REKI e.V. in der Schorfheidestraße stattfand, gewannen auch in diesem Jahr die Sportler des Fitneßstudios »TheosGym«. Auf Platz 2 kam diesmal die 1. Mannschaft der gastgebenden »Zonenboys Eberswalde«. Den Fairneß-Pokal gewann die Mannschaft »Vorspiel« aus Berlin.

Insgesamt nahmen dreizehn Mannschaften an dem Turnier mit dem Motto »Sportlich fair gegen Rassismus« teil. Dabei ging es nicht nur darum, die besten Völkerball-Teams der Region zu küren, sondern auch darum, ein Zeichen für eine tolerantere Gesellschaft zu setzen.

ROBIN MÜHLBERG, der Präsident der Zonenboys, begrüßte zur Eröffnung KERSTIN LADEWIG, die als Leiterin des Amtes für Bildung, Jugend und Kultur an der Spitze einer kleinen repräsentativen Delegation das Eberswalder Rathaus vertrat und im Auftrag von Bürgermeister Friedhelm Boginski herzliche Grüße und die besten Wünsche für ein erfolgreiches Gelingen des Turnieres überbrachte.

BARBARA BUNGE, Referentin für soziale Angelegenheiten und zugleich städtische Migrations- und Integrationsbeauftragte erinnerte in einem kurzen Statement an die aktuellen Herausforderungen einer menschenwürdigen Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa, in der BRD, in Brandenburg, im Landkreis Barnim und nicht zuletzt in der Kreishauptstadt Eberswalde mit dem multikulturellen Eberswalder Ortsteil Brandenburgisches Viertel. Die beiden Frauen aus dem Rathaus wurden begleitet von RAINER PFÖRTNER, der als Sachgebietsleiter für Jugend und Sport unmittelbar bei der organisa-

torischen Vorbereitung des Völkerballturniers geholfen hatte. Die Eberswalder Stadtverordneten waren durch CARSTEN ZINN von der Fraktion »Alternatives Wählerbündnis Eberswalde« vertreten. Er ist bereits Stammgast des Völkerballturniers der Toleranz. Die vier vorangegangenen Wettkämpfe hatte er als Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels begleitet.

Die Grüße und Wünsche des ehrenamtlichen Vorstandes des Kreisportbundes Barnim überbrachte dessen Mitglied JAN TORON. Er ist zugleich Vereinsmanager des Reki e.V., der die Turnhalle für das Turnier bereitstellte. Die Stadt und der KSB hatten das Turnier auch finanziell unterstützt. Das Demokratie-Mobil des »Toleranten Brandenburg« aus der Brandenburger Landeshauptstadt Potsdam war mit umfangreichen Informationsmaterialien ebenfalls vor Ort präsent.

Die »Zonenboys Grillbude« sorgte in bewährter Weise mit Grillwürsten, gebratenem Hähnchenfleisch, Pommes und diversen Getränken für das kulinarische Wohl. Für »nachhaltige« Wirkungen sorgten die in fünf Schärfeufen angebotenen Soßen. Mit ihrer Ankündigung von »Eberswaldes schärfste Bratwurst« dürften die Zonenboys jedenfalls nicht daneben gelegen haben.

Wer es eher süßer mochte, war bei der »Backfee« Agnes Grüning und Bäckermeister Karl Diedrich mit ihren »Nonnenfüzchen« gut aufgehoben. Ihre Preisfrage, was der Name »Nonnenfüzchen« tatsächlich bedeutet, konnte allerdings keiner der Teilnehmer und Gäste beantworten. Vielleicht liegt das daran, daß in hiesigen Breiten die Bezeichnung »Nonnefüzchen« geläufiger ist. Im Bäckerladen heißt das Gebäck schlicht »Schürzkuchen«.

Der Name hat übrigens nichts mit Verdauungsprozessen oder ähnlichem zu tun. Vielmehr geht er auf das mittelniederdeutsche Wort »nunnekenfurt« zurück. Das heißt so viel wie: Von den Nonnen am besten zubereitet.

Im Anschluß an das Turnier luden die Zonenboys alle Aktiven zur traditionellen Völkerball Players Party ein. Die Party fand diesmal im WBG-Vereinshaus »Freizeitschiff« statt.

Preisskat und Rommé

Am Samstag, den 9. Mai, veranstaltet der SPD Ortsverein Finow seinen 5. Preisskat- und Romméabend. Die Veranstaltung ist wie alle SPD Veranstaltungen, öffentlich. Ort: Arbeiterwohlfahrt im Brandenburgischen Viertel, Pflegeheim »Im Wolfswinkel« (Parkplatz und Eingang in der Frankfurter Allee). Einlaß ist ab 14.30 Uhr, Spielbeginn um 15 Uhr. Die Startgebühr beträgt 10 Euro pro Person. Alle Teilnehmer erhalten einen Preis. Die Versorgung mit Essen und Trinken zu kleinen Preisen übernimmt auch diesmal die AWO.

RINGO WRASE

Anmeldungen mit Zahlung der Startgebühr bitte bis 30.04. mit der Angabe ob Skat oder Rommé. an: Ringo Wrase (Eberswalder Straße 70, 16227 Eberswalde oder im SPD-Regionalbüro Karl Marx Platz 4, 16225 Eberswalde; Nachfragen Tel.: 03334/366621 oder 0162/8917079 oder per eMail: ringowrase@alice.de).

Pfingsten in Altenhof:

Klezmer, Kunst & Kleider

Eine Gemeinschaftsproduktion des Altenhofer Kunstkurses mit dem Altenhofer Kulturkreis

Sonnabend, 23. Mai im Bootshaus am Breten 20 Uhr: Hüttenkino »Alles auf Zucker«

Deutscher Spielfilm von Dani Levy, 2004.

Der seit langem in Berlin lebende Schweizer Jude [Dani Levy] erfand, gemeinsam mit seinem Co-Autor Holger Franke, eine Alltagsgeschichte, in der sich jüdischer Witz und berliner Chuzpe aufs schönste miteinander verbinden. [...] Top-Star der Besetzungsliste, die eine gelungene Melange aus Ost und West bietet, ist der phantastische Henry Hübchen. Neben ihm behaupten sich tapfer Hannelore Elsner und Udo Samel. Und wenn es einen gibt, der einen Rabbi in der Balance von gerissener Güte und edler Geschäftstüchtigkeit halten kann, so ist das allemal unser One and Only Rolf Hoppe.

Sonntag, 24. Mai im und am Bootshaus

11 Uhr: Modenschau und Ausstellungseröffnung »Sommerzeit«

von und mit dem Altenhofer Kunstkurses

15 Uhr: Modenschau – A' Natura Line

präsentiert vom Altenhofer Kunstkurs

19 Uhr: Klezmer mit Trio Sho

Der russische Jazz wurde in Odessa geboren - wo auch sonst? Trio Scho ist der Vertreter dieser Musik in Berlin. Auf ihrer neuen CD »Kiewer Tramway« präsentiert das Trio mit Charme und Temperament eine Palette von Liedern und Musik, die der früheren ungewöhnlichen Atmosphäre der Vielvölker-Metropolen Kiew und Odessa entstammt: Evergreens über »Odessa Mama«, russische Romanzen »in Swing«, eine Fahrt mit der Kiewer Straßenbahn, aber auch Tangos und Horas bis hin zu jiddischen Liedern und »Sowjetski Rock'n`Roll«. (<http://www.oriente.de/de/trio-scho.html>)

GÜNTER LANDMANN,
altenhofer kulturkreis e.V.

Versteigerung

Eberswalde (prest-ew). Die öffentliche Versteigerung von Fundsachen findet am 29. April ab 13 Uhr im Rathaus der Stadt Eberswalde statt. Die Fundgegenstände können bereits ab 12 Uhr im Raum 113 besichtigt werden, informiert Martina Lawrenz, die Leiterin des Sachgebietes Paß- und Meldewesen.

Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!

1. Mai: Bahnwerk retten

Erstmals wieder Erste-Mai-Demonstration in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Das Eberswalder Bahnwerk (ehemals RAW) ist der größte verbliebene Industriebetrieb Eberswaldes. Der Vorstand der Deutschen Bahn AG plant die Schließung. Seit dies bekannt wurde, regt sich der Widerstand.

Unterstützung für den Kampf der Bahnwerker gibt es auch aus dem Eberswalder Rathaus. Wirtschaftsamtsleiter Dr. Jan König verkündete auf der Sitzung des städtischen Wirtschafts- und Finanzausschusses am 16. April, daß entgegen der Praxis der vergangenen Jahre diesmal auch Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) am Ersten Mai an der Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf dem Marktplatz teilnehmen werde. Sogar bei der erstmals seit Jahren wieder stattfindenden Demonstration werde Boginski dabei sein.

Die Demonstration am Ersten Mai beginnt um 9.30 Uhr vor dem Werktor des Eberswalder Bahnwerkes in der Eisenbahnstraße 37. Der Demonstrationszug wird musikalisch begleitet vom Eberswalder Flötenorchester und nimmt den Weg über die Eisenbahn-, Puschkin- und Ebert-Straße zum Eberswalder Marktplatz.

Dort beginnt um 10 Uhr die traditionelle Mai-Kundgebung. Nach der Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden des DGB-

Kreisvorstandes Eberswalde Ralf Kaiser und Bürgermeister Boginski werden der stellvertretende Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) Klaus Dieter Hommel und die Brandenburger Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Diana Golze die Mai-Reden halten.

Danach gibt es eine Podiumsdiskussion zu aktuellen Themen mit Bernd Fröhlich, Geschäftsstellenleiter der EVG in Potsdam, Stefan Zierke, MdB (SPD) und Klaus-Dieter Hommel, EVG. Die Kolleginnen und Kollegen der regionalen Unternehmen sind vom DGB aufgerufen, sich rege an der Diskussion zu beteiligen.

Die Maiveranstaltung auf dem Marktplatz wird durch ein Familien- und Kinderprogramm ergänzt mit Live-Musik mit »Carly Peran«, Tanzgruppen, Stegway-Fahrten, gastronomischen Angeboten und natürlichen diversen Infoständen von Gewerkschaften, Parteien und Organisationen.

Zu erwarten ist, angesichts des aktuellen Streiks bei der Barnimer Busgesellschaft, daß auch eine starke Delegation der streikenden Busfahrer an der Mai-Demonstration und der anschließenden Kundgebung teilnimmt.



Foto: GERO MARKMANN

termine

Eberswalde

- Fr, 1.5., 9,30 Uhr** Demo ab Bahnwerk
- 10 Uhr** Kundgebung zum Kampf- und Feiertag der Werktätigen, Marktplatz Eberswalde
- Fr, 8.5., 17 Uhr** Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung, Sowj. Ehrenmal, Freienwalder Straße
- Sa, 9.5., 14 Uhr** Repaircafé des Hebewerk e.V. im ZwischenRaum h15, WBG-Vereinshaus, Havellandstr. 15, Brandenburgisches Viertel
- So, 10.5., 10 Uhr** Tag der Sortenvielfalt, Forstbotanischer Garten, Schwappachweg
- Mi, 20.5., 18.30 Uhr** Linux-Node, Hebewerk, Studentenclub, Schicklerstr. 1

Altenhof

- Sa, 10.5., 10 Uhr** Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal im Wald bei Altenhof
- Sa, 10.5., 11 Uhr** Mitgliederversammlung KPD-Regionalorganisation Barnim/MOL, Palmencafé
- Sa, 23.5., 20 Uhr** Hüttenkino »Alles in Zucker«, altenhofer kulturkreis e.V., Bootshaus am Breten
- So, 23.5., 11 und 15 Uhr** Modenschau
- 19 Uhr** Konzert mit Trio Sho, altenhofer kulturkreis e.V., Bootshaus am Breten

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: bbp-forum+subscribe@googlegroups.com
redaktion: Gerd Markmann
druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
redaktionsschluß: 23. April 2015

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.
 Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 28. Mai 2015.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)
- Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)